

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, den 28.03.2012, 16.00 Uhr im Ratssaal des Rathauses, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler

Anwesend vom Stadtrat:

die Damen und Herren Ratsmitglieder

<u>SPD</u> Broschk, Bündgen, Dickmeis, Gartzen, Gehlen, Kämmerling, Kendziora, Klinkenberg, Köhler, Krauthausen, Leonhardt, Liebchen, Lindner, Löhmann, Medic, Moll, Scholz, Schultheis, Schyns, Wagner, Weidenhaupt, Weißhaupt, Werner, Zimmermann, Zollorsch,	<u>CDU</u> Casel, Dondorf, Grafen, Graff, Groß, Dr. Herzog, Kortz (ab TOP A 7.1), Lennartz, Maus, Mund, Peters, Schmitz, Willms, R. (ab TOP A 7.1), <u>Anwesend von der Verwaltung:</u> Herr Bgm. Bertram, Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Knollmann, Herr Beigeordneter Götde, Frau Breil, Herr Breuer, Herr Friedrichs, Herr Gühsgen, Herr Dr. Hartlich, Frau Hunscheidt-Fink, Herr Jopke, Herr Kaefer, Herr Mertens, Frau Merx, Herr Müller, Herr Rehahn, Frau Reicheneder, Herr Röhrig, <u>Gäste:</u>	<u>FDP</u> Göbbels, Krieger, Theuer, <u>GRÜNE</u> Pieta, F.-D., Pieta, G., Widell, <u>UWG</u> Müller, Spies, Waltermann, <u>Fraktionslose Mitglieder</u> Borchardt, Linke Stolz, <u>es fehlten:</u> <u>entschuldigt:</u> Willms, V., <u>Schriftführer:</u> Frau Heitzer, Frau Offermanns, <u>zur Ausbildung:</u> Bilke, Costantini, Daniels, Florenkowsky, Frings, Greven, Hilgers, Hoven, Jänsch, Jahn, Kurth, Lutter, Oidtman, Priem, Roth, Schlotterhose, Von Meer, Weber
---	--	---

A) Öffentlicher Teil

Bgm. Bertram eröffnete die Sitzung um 16.00 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie der anwesenden Zuhörer.

Bgm. Bertram stellte fest, dass die Einladung zur Ratssitzung sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Rates gegeben sei.

Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

A	Öffentlicher Teil	
A 1	Fragestunde für Einwohner	- ohne -
A 2	Genehmigung einer Niederschrift	- ohne -
A 3	Bestellung eines beratenden Mitgliedes in den Behindertenbeirat	071/12
A 4	Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13.03.2012 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 20.03.2012	118/12
A 5	Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2009 und Entlastung des Bürgermeisters	107/12
A 6	Prüffähiger Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2010	109/12
A 7	Haushaltsentwurf 2012 sowie 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2016	
A 7.1	Haushaltsreden der Fraktionen pp.	- ohne -
A 7.2	Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2012 gemäß § 80 Abs. 3 GO NRW	- ohne -
A 7.3	Einzelvorlagen	
A 7.3.1	Bezuschussung von Kindertageseinrichtungen in „Sozialen Brennpunkten“ nach § 20 Abs. 3 KiBiz	068/12
A 7.3.2	Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes - Ortsverband Eschweiler e.V. – auf einen städtischen Zuschuss für die Betreuung von Grundschulkindern an fünf Grundschulen im Schuljahr 2012/2013	090/12
A 7.4	Erlass der Haushaltssatzung 2012 sowie der 2. Fort-	108/12

	schreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2016	
A 8	Vierte Änderungssatzung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Eschweiler	086/12
A 9	Jugendhilfeplan, Bereich: Tageseinrichtungen für Kinder hier: Fortschreibung 2011/2012	317/11
A 9.1	Einrichtung des kommunalen Integrationszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler	121/12
A 10	<u>Genehmigung dringlicher Entscheidungen</u>	
A 10.1	Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung bei Produkt 011111201- Infrastrukturelles/Kaufmännisches Gebäudemanagement -, Kostenstelle 60000000 Sachkonto 52410200 – Bez.: Strom für das Haushaltsjahr 2011	063/12
A 10.2	Zustimmung zur Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 300.000,00 € bei Produktsachkonto 063630101 – 52320100; Bez.: Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger gemäß § 89 ff SGB VIII; Kostenstelle 5100 0000 (Dringliche Entscheidung)	073/12
A 10.3	Änderung der Zügigkeiten für die Waldschule – Städtische Gesamtschule Eschweiler – zum Schuljahr 2012/13; Dringliche Entscheidung	097/12
	Änderung der Zügigkeiten für die Waldschule – Städt. Gesamtschule Eschweiler – zum Schuljahr 2012/2013; Tischvorlage zur Sitzungsvorlage 097/12/Dringliche Entscheidung	124/12 Tischvorlage
A 11	Anbindung des BP-Geländes /1. Änderung – Steinfurt an die L 238 Stolberger Straße / Eschweiler Straße hier: Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW und der Stadt Stolberg	103/12
A 12	<u>Planungsangelegenheiten</u>	
A 12.1	Bebauungsplan 142 B – Bourscheidtstraße – hier: Ergebnis der erneuten öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss	102/12
A 13	<u>Anfragen und Mitteilungen</u>	
A 13.1	Kenntnisnahme über- und Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen	084/12
B	Nichtöffentlicher Teil	

B 1	Personalangelegenheiten	065/12
B 2	Bestellung einer/eines Schulleiterin/Schulleiters	091/12
B 3	Wahl von Schiedspersonen	092/12
B 4	Übernahme einer Ausfallbürgschaft	117/12
B 5	Erschließung des Bebauungsplangeländes 40/1. Änderung – Steinfurt –	104/12
B 6	<u>Grundstücksangelegenheiten</u>	
B 6.1	Verkauf eines städtischen Baugrundstücks	099/12
B 6.2	Verkauf eines Industriegrundstückes	114/12
B 6.3	Verkauf von Grundstücken	115/12
B 7	Verpachtung eines Kiosk	105/12
B 8	<u>Vergabeangelegenheiten</u>	
B 8.1	Ausführung von Heizungs- und Sanitärinstallationsarbeiten	080/12
B 8.2	Wärmedämmverbundsystemarbeiten	110/12
B 8.3	Erneuerung des Sporthallenbodens	111/12
B 8.4	Erneuerung der Teleskoptribüne	112/12
B 8.5	Ausführung von Kanal- und Straßenbauarbeiten	113/12
B 8.6	Ausführung von Lüftungsarbeiten	120/12
B 9	<u>Anfragen und Mitteilungen</u>	
B 9.1	Unterrichtung des Rates gemäß § 113 Abs. 5 GO NRW	- ohne -
B 9.2	Vergabe von Architektenleistungen	123/12

**A 1) Fragestunde für Einwohner
- ohne -**

Bgm. Bertram teilte mit, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine Anfragen eingegangen seien.

A 2) Genehmigung einer Niederschrift - ohne -

Die o.g. Niederschrift wurde einstimmig durch den Stadtrat genehmigt.

**A 3) Bestellung eines beratenden Mitgliedes in den Behindertenbeirat
VV-Nr. 071/12**

Der Stadtrat fasste einstimmig den nachstehenden Beschluss:

Der Rat der Stadt Eschweiler bestellt Herrn Björn Ohlenforst, Vertreter des Blinden- und Sehbehinderten-Vereins der StädteRegion Aachen e.V. 1907, als beratendes Mitglied in den Behindertenbeirat (bisher: Herr Hermann Josef Schmitz).

A 4) Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen
hier: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13.03.2012
Antrag der FDP-Stadtratsfraktion vom 20.03.2012
VV-Nr. 118/12

Der Stadtrat fasste den folgenden Beschluss einstimmig:

Der Stadtrat beschließt mit sofortiger Wirkung die nachfolgend aufgeführten Änderungen in der Besetzung der Ausschüsse:

Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss:

Anstelle des bisherigen Mitgliedes Richard Eichberg wird Frau Regina Rehahn zur sachkundigen Bürgerin in den Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss bestellt.

Schulausschuss:

Für Frau Regina Rehahn wird Herr Thorsten Müller zum sachkundigen Bürger in den Schulausschuss bestellt.

Sozial- und Seniorenausschuss:

Anstelle des bisherigen stellvertretenden sachkundigen Bürgers Herrn Horst Hennemann wird Herr Stefan Steins zum persönlichen Stellvertreter für Frau Weißels in den Sozial- und Seniorenausschuss bestellt.

Arbeitsgruppe Kinderspielplätze und Jugendtreffpunkte:

Für das bisherige beratende Mitglied Stefan Steins wird Frau Jasmin Dederichs zum beratenden Mitglied in die Arbeitsgruppe Kinderspielplätze und Jugendtreffpunkte bestellt. Stellvertreter bleibt Herr Fernholz.

A 5) Feststellung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2009
und Entlastung des Bürgermeisters
VV-Nr. 107/12

RM Gartzen berichtete, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 27.03.2012 die Empfehlung ausgesprochen habe, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen und beantragte die Entlastung des Bürgermeisters.

RM Spies betonte, dass der Jahresabschluss deutlich zu spät vorgelegt worden sei, da er bereits im Dezember 2010 hätte vorliegen müssen. Des Weiteren hob er hervor, dass er der Vorlage zustimmen werde, nicht jedoch dem Haushalt, der dahinter stehen würde.

RM Göbbels bat darum, in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht zu der auf Seite 3 des Prüfberichtes genannten latenten Gefahr der Schuldenübernahme für die BKJ zu erhalten, was Bgm. Bertram zusagte.

Der nachstehende Beschluss wurde einstimmig durch den Stadtrat gefasst:

1. Auf Grundlage des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsausschusses vom 27.03.2012 und unter Einbeziehung des Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes vom 15.03.2012 stellt der Rat der Stadt Eschweiler den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2009 in der Fassung vom 27.02.2012 fest.
2. Die Ergebnisrechnung schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 4.184.430,76 €. Der Jahresfehlbetrag wird der Ausgleichsrücklage entnommen.
3. Die Ratsmitglieder beschließen, dem Bürgermeister gem. § 96 Abs. 1 GO NRW die Entlastung zu erteilen.

**A 6) Prüffähiger Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2010
VV-Nr. 109/12**

RM Spies erwähnte erneut die verspätete Bereitstellung des Jahresabschlusses, machte aber deutlich, dass die Bemühungen zur fristgerechten Übermittlung der Jahresabschlüsse deutlich erkennbar seien.

Der Rat der Stadt Eschweiler nahm daraufhin den Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2010 zur Kenntnis.

Zur Vorbereitung der Feststellung des Jahresabschlusses und der Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters durch den Stadtrat wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2010 zunächst an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen, welcher sich zur Durchführung der Prüfung der örtlichen Rechnungsprüfung bedient.

**A 7) Haushaltsentwurf 2012
sowie 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2016**

**A 7.1) Haushaltsreden der Fraktionen pp.
- ohne -**

Die Haushaltsreden der Fraktionen pp. sind der Niederschrift abschriftlich als Anlage 1 beigelegt.

Bgm. Bertram unterbrach die Sitzung für eine kurze Pause von 17.30 Uhr bis 17.50 Uhr.

**A 7.2) Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2012 gemäß § 80 Abs. 3 GO NRW
- ohne -**

Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Eschweiler für das Haushaltsjahr 2012 lagen nicht vor.

A 7.3) Einzelvorlagen

**A 7.3.1) Bezuschussung von Kindertageseinrichtungen in „Sozialen Brennpunkten“
nach § 20 Abs. 3 KiBiz
VV-Nr. 068/12**

Der Stadtrat fasste nachstehenden Beschluss einstimmig:

Der Rat beschließt, den städt. Anteil in Höhe von insgesamt 16.600 € als freiwillige Leistung in die Auflistung der Anlage IV.7.2 zur 2. HSK-Fortschreibung aufzunehmen. Eine Kompensation durch den Wegfall bestehender freiwilliger Leistungen ist entbehrlich, da die Bezuschussung bereits im vorigen Jahr in der Auflistung „Freiwillige ergebniswirksame Leistungen“ enthalten war.

**A 7.3.2) Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes - Ortsverband Eschweiler e.V. – auf einen städtischen Zuschuss für die Betreuung von Grundschulkindern an fünf Grundschulen im Schuljahr 2012/2013
VV-Nr. 090/12**

Dem nachstehen Beschluss stimmte der Stadtrat einstimmig zu:

Der Sachverhalt wird zur Kenntnis genommen.

Dem Deutschen Kinderschutzbund, Ortsverband Eschweiler e.V. wird auf seinen Antrag vom 30.01.2012 zum Ausgleich der für das Schuljahr 2012/2013 nicht gedeckten Kosten ein max. Zuschuss in Höhe von 150.000,- € gewährt. Die Höhe des Zuschusses wird nach Maßgabe der nachweislich nicht gedeckten Kosten ermittelt.

Die Zuschussgewährung steht insgesamt unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durch die Verwaltung.

**A 7.4) Erlass der Haushaltssatzung 2012 sowie der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 – 2016
VV-Nr. 108/12**

Auf Nachfrage von RM Gehlen erläuterte Bgm. Bertram, dass die Maßnahme Kindergarten Franz-Rüth-Straße in den Haushalt aufgenommen worden sei, weil die Abwicklung über die Strukturförderungsgesellschaft nur mit einer detaillierten Rechtsaufklärung umsetzbar wäre, welche zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei.

Stadtkämmerer Knollmann ergänzte, dass man wie in der Vorlage dargelegt, versucht habe, die Vorgaben der Kommunalaufsicht einzuhalten. Des Weiteren würde den Ratsmitgliedern als Tischvorlage eine korrigierte Haushaltssatzung (Anlage 1 der Verwaltungsvorlage) vorliegen. Dies sei notwendig gewesen, da sich noch einzelne Änderungen in den Positionen des Haushaltes ergeben hätten.

RM Stolz bat darum, seine Fragen, die er in einem Anschreiben zum Thema „Kindergartenbau durch die Strukturförderungsgesellschaft“ gestellt habe, bei Gelegenheit zu beantworten, auch wenn die Maßnahme nun nicht durch die Gesellschaft finanziert würde.

RM Schmitz bat darum, über die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept getrennt abzustimmen.

Bgm. Bertram betonte, dass dies gemäß § 79 Abs. 2 Satz 2 GO NRW nicht möglich sei.

RM Schmitz bat daraufhin um eine Unterbrechung der Sitzung.

Bgm. Bertram unterbrach die Sitzung von 18.00 Uhr bis 18.08 Uhr.

RM Schmitz erklärte, da die GO die Fraktion zwingen würde, über die Haushaltssatzung und das Haushaltssicherungskonzept gemeinsam abzustimmen, könne die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage nicht zustimmen, auch wenn man grundsätzlich die vorliegende Haushaltssatzung mittragen würde, jedoch nicht das Haushaltssicherungskonzept.

Dem folgenden Beschluss stimmte der Stadtrat mit Mehrheit der 26 Stimmen von SPD und Bgm. bei 24 Gegenstimmen (CDU, FDP, GRÜNE, UWG, RM Borchardt, RM Stolz) zu:

Die als Anlage 1 (der Verwaltungsvorlage) beigefügte Haushaltssatzung 2012 wird beschlossen.

Die 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 bis 2016 wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Sachverhalt aufgezeigten Konsolidierungsmaßnahmen 5.1 bis 5.3 der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes umzusetzen.

Das Ergebnis der abschließenden Haushaltsberatung ist einzuarbeiten.

**A 8) Vierte Änderungssatzung der Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Eschweiler
VV-Nr. 086/12**

Dem nachstehenden Beschluss wurde durch den Stadtrat einstimmig zugestimmt:

Der Rat der Stadt Eschweiler beschließt die als Anlage (der Verwaltungsvorlage) beigefügte 4. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienst der Stadt Eschweiler.

**A 9) Jugendhilfeplan, Bereich: Tageseinrichtungen für Kinder
hier: Fortschreibung 2011/2012
VV-Nr- 317/11**

Der Rat der Stadt Eschweiler stimmte dem folgenden Beschluss einstimmig zu:

Der Stadtrat stimmt der Fortschreibung 2011/2012 des Jugendhilfeplanes, Bereich: Tageseinrichtungen für Kinder, gemäß Anlage (der Verwaltungsvorlage) zu.

**A 9.1) Einrichtung des kommunalen Integrationszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler
VV-Nr. 121/12**

Der Stadtrat fasste den nachstehenden Beschluss einstimmig:

Die Stadt Eschweiler bekundet gegenüber der StädteRegion Aachen, das Interesse Eschweilers als Standort für das kommunale Integrationszentrum der StädteRegion Aachen.

A 10) Genehmigung dringlicher Entscheidungen

**A 10.1) Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung bei Produkt 011111201-
Infrastrukturelles/Kaufmännisches Gebäudemanagement -, Kostenstelle**

**60000000 Sachkonto 52410200 – Bez.: Strom für das Haushaltsjahr 2011
VV-Nr. 063/12**

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den folgenden Beschluss einstimmig:

Die von Herrn	Bürgermeister Bertram
und Herrn	Ratsmitglied Bernd Schmitz
am	02.02.2012

gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW gefasste dringliche Entscheidung mit dem nachstehenden Wortlaut wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW in der zurzeit geltenden Fassung wird wie folgt entschieden:

Gemäß § 83 GO NRW i.V.m. § 21 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Eschweiler wird die Zustimmung zur Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung bei Produkt 011111201 – Bez.: Infrastrukturelles/ Kaufmännisches Gebäudemanagement -, Kostenstelle 600000000, Sachkonto 52410100 – Bez.: Strom – für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 60.000 € erteilt.

Die Dringliche Entscheidung ist notwendig um fällige Zahlungen leisten zu können (Stromliefervertrag mit der EWW GmbH).

**A 10.2) Zustimmung zur Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 300.000,00 € bei Produktsachkonto 063630101 – 52320100; Bez.: Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger gemäß § 89 ff SGB VIII; Kostenstelle 5100 0000 (Dringliche Entscheidung)
VV-Nr. 073/12**

RM Schmitz erkundigte sich, ob genaue Zahlen bezüglich der Erstattungsansprüche genannt werden könnten.

Stadtkämmerer Knollmann sagte die Zahlen zur Niederschrift zu, welcher dieser als Anlage 2 beigefügt sind.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste daraufhin den folgenden Beschluss einstimmig:

Die von Herrn	Bürgermeister Bertram
und Herrn	Ratsmitglied Bernd Schmitz
am	23.02.2012

gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW gefasste dringliche Entscheidung mit dem nachstehenden Wortlaut wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW in der zurzeit geltenden Fassung wird wie folgt entschieden:

Gemäß § 83 GO NRW wird die Zustimmung zur Genehmigung einer überplanmäßigen Aufwendung für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 300.000,00 € bei Pro-

duktsachkonto 06 363 0101 – 52320100 Bez.: Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger gemäß § 89 ff SGB VIII erteilt.

Die Deckung dieser überplanmäßigen Aufwendung für das Haushaltsjahr 2011 ist gewährleistet durch

a) Wenigeraufwand bei Produktsachkonto 06 363 0101

53320300 – Tagesgruppe gemäß § 32 SGB VIII

53320500 – Heimkosten für Volljährige gemäß §§ 34/41 SGB VIII

b) Mehreinnahmen bei Produktsachkonto 06 363 0101

44821100 – Kostenerstattung der Jugendhilfeträger (§§ 89 ff SGB VIII)

44821110 – Kostenerstattung Jugendhilfeträger Volljährige (§§ 89 ff SGB VIII)

42190200 – Ersatzleistungen gem. § 33 SGB VIII

42211000 – Kostenbeiträge gem. § 34 SGB VIII

Vor Beratung von TOP A 10.3) erklärten die Ratsmitglieder F.-D. Pieta und G. Pieta ihre Befangenheit zu diesem Thema und nahmen in den Besucherreihen Platz.

**A 10.3) Änderung der Zügigkeiten für die Waldschule – Städtische Gesamtschule Eschweiler – zum Schuljahr 2012/13;
Tischvorlage zur Sitzungsvorlage 097/12/Dringliche Entscheidung
VV-Nr. 124/12**

Bgm. Bertram erläuterte, dass die Tischvorlage nötig sei, da die Bezirksregierung die Änderung der Zügigkeiten zwar generell begrüße, jedoch der Auffassung sei, dass die Eltern der Schüler rechtlich von einer Fünfzügigkeit ausgegangen seien und somit die Vierzügigkeit erst ein Jahr später umgesetzt werden dürfe.

Der Stadtrat stimmte dem folgenden Beschluss einstimmig zu:

Die am 07.03.2012 vom Haupt- und Finanzausschuss gemäß § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NRW gefasste dringliche Entscheidung mit unter Sitzungsvorlage 097/12 dargestelltem Wortlaut wird nur mit der Maßgabe genehmigt, dass **erst beginnend mit dem Schuljahr 2013/14** an der Waldschule – Städt. Gesamtschule Eschweiler – eine durchgängige Vierzügigkeit sowohl für die Sekundarstufe I als auch für die Sekundarstufe II festgeschrieben wird.

Zum Schuljahr 2012/13 bleibt es bei der mit Ratsbeschluss vom 23.11.1989 festgesetzten Fünfzügigkeit in der Sekundarstufe I. Sofern die räumliche Unterbringung gesichert ist und der Bedarf besteht, wird allerdings bereits zum Schuljahr 2012/13 eine vierzügige Sekundarstufe II (Jahrgangsstufe 11) eingerichtet.

Anmerkung der Schriftführerin:

Frau Rüland, stellv. Schulleiterin der Waldschule - Städt. Gesamtschule Eschweiler- korrigierte nachträglich die Anzahl der Neuanmeldungen für die 5. Klasse von 138 auf 135 Schüler.

Die Ratsmitglieder Pieta nahmen wieder an den Beratungen teil.

**A 11) Anbindung des BP-Geländes /1. Änderung – Steinfurt an die L 238 Stolberger Straße / Eschweiler Straße
hier: Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb Straßen NRW und der Stadt Stolberg
VV-Nr. 103/12**

Beig. Gödde ergänzte, der Rat der Stadt Stolberg habe der Vereinbarung bereits einstimmig zugestimmt.

Der Rat der Stadt Eschweiler fasste den folgenden Beschluss einstimmig:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss einer Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Nordrhein-Westfalen und der Stadt Stolberg über den Bau eines Kreisverkehrs auf der L 238 – Eschweilerstraße und einer Erschließungsstraße zwischen dem Kreisverkehr und dem Kiefernweg zu.

Vor Einstieg in den Tagesordnungspunkt A 12 – Planungsangelegenheiten – verwies Bgm. Bertram auf die den Ratsmitgliedern bekannten und zu beachtenden Mitwirkungsverbote gemäß § 31 i.V.m. § 43 Abs. 3 GO NRW.

A 12) Planungsangelegenheiten

**A 12.1) Bebauungsplan 142 B – Bourscheidtstraße –
hier: Ergebnis der erneuten öffentlichen Auslegung und Satzungsbeschluss
VV-Nr. 102/12**

Der Stadtrat stimmte dem nachstehenden Beschluss einstimmig zu:

- I. Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 1 der Verwaltungsvorlage).
- II. Die Stellungnahmen der Behörden gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 1 und 2 BauGB werden nach Maßgabe der Verwaltungsvorlage abgewogen (Anlage 2 der Verwaltungsvorlage).
- III. Die sonstigen öffentlichen und privaten Belange werden entsprechend der Verwaltungsvorlage und der Planbegründung gewürdigt.
- IV. Der Bebauungsplan 142 B – Bourscheidtstraße – (Anlage 3 der Verwaltungsvorlage) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung (Anlage 4 der Verwaltungsvorlage) als Abschlussbegründung hierzu.

A 13) Anfragen und Mitteilungen

**A 13.1) Kenntnisnahme über- und Außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen
VV-Nr. 084/12**

Entsprechend § 83 Abs. 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 1 und 2 der Hauptsatzung der Stadt Eschweiler – jeweils in der derzeitigen Fassung – nimmt der Rat der Stadt Eschweiler die in der Zeit vom 01.01.2012 bis 15.02.2012 genehmigten unerheblichen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen/ Auszahlungen – gemäß Anlage I und II (der Verwaltungsvorlage) – zur Kenntnis.

Weitere Anfragen und Mitteilungen lagen nicht vor. Bgm. Bertram beendete daher den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.20 Uhr und bedankte sich bei den Zuhörern und den Vertretern der Presse für ihr Interesse.

Anlage 1

Haushaltsreden 2012

Haushaltsreden 2012

SPD-Fraktion, Herr Fraktionsvorsitzender Gehlen

Haushaltsrede des Vorsitzenden der SPD-
Ratsfraktion Eschweiler, Leo Gehlen, zu den
Haushaltsberatungen 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Freigabe: 28.03.2012 (10.00 Uhr)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir beraten und beschließen heute den Haushaltsentwurf 2012 in Verbindung mit der 2. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2016.

Der vorliegende Haushaltsentwurf beinhaltet insgesamt ein Volumen von ca. 133 Millionen Euro bei den ordentlichen Aufwendungen, schließt aber dennoch mit einem Defizit von ca. 25 Millionen Euro ab.

Auf Grund des seinerzeit von der Landesregierung NRW beschlossenen verlängerten Zeitraumes beim Haus-

haltssicherungskonzept sind wir nach derzeitigem Stand in der Lage im Jahre 2016 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Neben der Veränderung in § 76 der Gemeindeordnung NRW: sprich dem verlängerten HSK-Zeitraum, hat die bisherige Landesregierung NRW auch den Stärkungspakt Kommunen mit 350 Millionen Euro aufgelegt.

Das sind alles aber nur einige Tropfen auf den heißen Stein, da meines Erachtens die Situation der Kommunen so schlecht ist, dass dringend ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz aufgelegt werden muss, um den Kommunen in naher Zukunft noch Überlebenschancen einzuräumen.

Im Rahmen dieses neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes muss darauf geachtet werden, dass die Umlageverbände - sei es die StädteRegion Aachen oder die Landschaftsverbände - auch gezwungen werden, sich selbst Haushaltssicherungskonzepte aufzuerlegen, wenn sich mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder im Haushaltssicherungskonzept befinden.

Konkret bedeutet dies für uns nach der derzeitigen Lage: Von den 9 der StädteRegion angehörigen Kommunen befinden sich mehr als 5 Kommunen in Nothaushalten bzw. Haushaltssicherungskonzepten, so dass sich die StädteRegion Aachen nicht einfach – wie bisher – bei den notleidenden Kommunen immer weiter kräftig bedienen kann.

Exemplarisch möchte ich an dieser Stelle betonen, dass in dem uns vorliegenden Entwurf die allgemeine Städte-Regionsumlage noch mit 29,8 Millionen Euro ausgewiesen wurde, diese aber seitens der StädteRegion durch Herrn StädteRegionsrat Etschenberg für das Jahr 2012 auf rd. 30,1 Millionen Euro erhöht wurde. Für die Folgejahre wird die StädteRegionsumlage stetig weiter erhöht und zwar für das Jahr 2013 auf 31,8 Mio. Euro, für 2014 auf 32,1 Mio. Euro und im Jahre 2015 immerhin auf 33,5 Mio. Euro.

Das kann und darf, sehr geehrte Damen und Herren, so nicht hingenommen werden. Ich fordere Sie daher alle auf, über Ihre jeweiligen Parteien für ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz zu werben.

Die bisherige Landesregierung NRW – die rot-grüne Minderheitsregierung – war wie eingangs erwähnt, auf dem richtigen Weg Unterstützungen für die Kommunen zu beschließen, ist nun aber für eine kurze Zeit durch Auflösung des Landtages gestoppt worden.

Ich gehe aber davon aus und bin äußerst zuversichtlich, dass am 13. Mai diesen Jahres durch eine stabile neue rot-grüne Mehrheitsregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und mit einem Eschweiler Landtagsabgeordneten der eingeschlagene Weg, den notleidenden Kommunen wirksam zu helfen, weiter beschritten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Haushaltsberatungen der SPD-Mehrheitsfraktion standen auch in diesem Jahr wieder unter zwei Leitsätzen.

Der erste Leitsatz lautet:

Keine Abstriche bei den Freiwilligen Leistungen!

Der zweite Leitsatz lautet:

Kommunale Steuern werden nicht erhöht!

Gleichwohl werden die von uns ausgegebenen Ziele:

Betreuung, Bildung und Beschäftigung sowie Infrastruktur auch in diesem Haushalt fortgeschrieben und sind deutlich erkennbar:

Betreuung: Kontinuierlicher Ausbau U-3-Betreuung
(z.B. Kindergarten Franz-Rüth-Straße)

Bildung: Schulzentrum Stadtmitte

Beschäftigung/

Infrastruktur: Fortführung Sanierungsgebiet Innenstadt/Rosenallee, nördliche Grabenstraße, nördliche Innenstadt, Entwicklung Weisweiler

Lassen Sie mich nun noch einige Sätze zu einem – so glaube ich – uns alle bewegenden Thema ausführen:

Ich fand es äußerst positiv, dass sich in der letzten Rats-sitzung – bis auf eine Enthaltung von Herrn Stolz – alle Fraktionen/Parteien unzweideutig positioniert und klar für ein Verbot der „Kameradschaft Aachener Land (KAL)“ ausgesprochen haben.

Dieses Signal gegenüber den Rechten ist im Zusammenhang mit dem seinerzeit geplanten Naziaufmarsch in Eschweiler am Samstag, 31.03.2012 äußerst notwendig.

Ich finde es sehr begrüßenswert, dass der Einladung der

Bürgerinitiative „Eschweiler gegen Rechts“ alle Parteien so wie viele Verbände und Organisationen gefolgt sind und entsprechende Gegenmaßnahmen geplant und eingeleitet wurden.

Dieses Bündnis zeigt uns, dass wir hier in Eschweiler alles unternehmen, um zu verhindern, dass die „Braune Brühe“ durch Eschweiler Straßen zieht und dass ein „Brauner“ bei der nächsten Kommunalwahl in dieses Rathaus einzieht.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, können und wollen wir nicht hinnehmen und werden uns deshalb mit aller Kraft gegen die Neo-Nazis und deren rechtsextreme Sympatisanten zur Wehr setzen.

In diesem Zusammenhang danke ich allen Vertretern im koordinierenden Haupt- und Finanzausschuss, die unseren Antrag zwecks einmaliger Unterstützung dieses Bündnisses in Höhe von 5.000 Euro mitgetragen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich glaube sagen zu können, dass ich persönlich, aber auch die SPD-Fraktion und die SPD als Partei weltoffen sind.

Zu dieser Weltoffenheit gehört auch die Pflege von Städtepartnerschaften.

Wir eine Stadt mit zwei – aus meiner Sicht gut funktionierenden Städtepartnerschaften:

zu Reigate & Banstead in Großbritannien und zu Wattrelos in Frankreich. Wir waren auf dem besten Weg, am 31.03.2012 eine dritte Städtepartnerschaft mit der türkischen Stadt Dalaman zu begründen.

Nun haben wir mit Bedauern feststellen müssen, dass der derzeitige Bürgermeister der Stadt Dalaman, Herr Sedat Yilmaz, Mitglied der MHP (Milliyetçi Hareket Partisi = Partei der Nationalistischen Bewegung), ist.

Leider wurde erst relativ spät, aber noch rechtzeitig genug durch Recherchen der hiesigen Presse öffentlich bewusst gemacht, dass sehr viele Menschen, Organisationen und viele Wissenschaftler die MHP als extremistisch einstufen. Deshalb ist es richtig, dass wir, also alle

Parteien und Einzelvertreter in diesem Rat, den Bürgermeister in der derzeitigen Situation unterstützen bei seiner richtigen und konsequenten Entscheidung, unter dem jetzigen Bürgermeister der Stadt Dalaman keine Partnerschaft einzugehen.

Ich kann und will mir es gar nicht vorstellen: Wir stehen gemeinsam am 31.03.2012 am Talbahnhof, kämpfen gemeinsam gegen rechtes Gedankengut und für Toleranz, ein friedliches Miteinander und Verständigung und zeitgleich wird eine Partnerschaftsurkunde zwischen der Stadt Eschweiler und einem sehr vorsichtig ausgedrückt „rechtskonservativen Bürgermeister“ unterschrieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich weiß, gerade die türkische Bevölkerung wird sich mit

unserer Entscheidung schwer tun, aber wir müssen unseren türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern und den Bürgern der Stadt Dalaman in der Türkei kundtun, dass die Verweigerung dieser partnerschaftlichen Unterschrift nicht gegen die Türkei, nicht gegen unsere türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und auch nicht gegen die Bürger der Stadt Dalaman gerichtet ist sondern dass einzig und allein die rechte Gesinnung ihres Bürgermeisters den Ausschlag für eine Absage des Festaktes zur Unterzeichnung der Städtepartnerschaft gab.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich nun einen Bereich erörtern, der mir schon länger unter den Nägeln brennt. Hierbei handelt

es sich um den Blausteinsee, hier im Speziellen um die für Ende Dezember 2011 bzw. Anfang Januar 2012 zu unterschreibenden Verträge mit dem Ihnen bekannten Investor.

Ich glaube sagen zu können, dass gerade ich in Person, aber auch die SPD-Fraktion sowie auch andere hier im Rat zu dem Blausteinsee-Konzept gestanden haben und stehen.

Im Moment glaube ich feststellen zu können, dass Herr Techn. Dezernent Hermann Gödde als Geschäftsführer der Blausteinsee GmbH immer wieder versucht, mit dem möglichen Investor Kontakt aufzunehmen mit der Zielsetzung, eine Vertragsunterzeichnung herbei zu führen.

Für mich persönlich habe ich als letzten Zeitpunkt für die Unterzeichnung des Vertrages das Ende der Osterferien angesetzt.

Sollte bis dahin keine Vertragsunterzeichnung erfolgt sein, sehen wir uns gezwungen – um in der Tat am Blausteinsee eine Weiterentwicklung, z.B. im Bereich der Restauration und zur Unterstützung der ansässigen Vereine zu gewährleisten -, uns schnellstens mit einer alternativen Lösung zu beschäftigen.

Ich hoffe immer noch, Herr Gödde, dass Sie es schaffen, eine Vertragsunterzeichnung unter Dach und Fach zu bringen und dass die erste Teilzahlung auf das Konto der Blausteinsee GmbH überwiesen wird.

Wenn dies jedoch unter nachvollziehbaren Gründen bis spätestens Ende April nicht erfolgt, müssen wir uns über Alternativmöglichkeiten unterhalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass alle Parteien und Einzelvertreter hier im Rat sich darüber einig sind, die diesjährigen Haushaltsreden auf 10 bis 12 Minuten zu beschränken, so dass ich hier auch auf weitere, hier zu erwähnende Themenbereiche verzichte.

Trotz alledem möchte ich zum Abschluss zwei Dinge nicht unerwähnt lassen:

Die diesjährigen Haushaltsberatungen fanden in einer sachlichen Atmosphäre statt und waren getragen vom Bemühen, - trotz aller Unterschiedlichkeiten in der politischen Orientierung – das „Schiff Stadt Eschweiler in schwieriger See auf Kurs zu halten“. Um in diesem Bild zu bleiben: „auch der Teil der Deckmannschaft, der CDU-Fraktion heißt, hat sich entschlossen, aktive Verantwortung für das Schiff Stadt Eschweiler zu übernehmen“.

Dieses positive Signal nehme ich und mit mir die SPD-Fraktion nicht nur zur Kenntnis, sondern hierüber freuen wir uns!

In der Grundausrichtung des Haushaltssicherungskonzeptes, den Ansätzen des Haushaltes 2012 sowie

fast allen Änderungsvorschlägen hierzu, die von der SPD-Fraktion bzw. der CDU-Fraktion eingebracht wurden, herrschte Übereinstimmung oder es konnte ein Konsens erzielt werden. Eine gemeinsame Beschlussfassung wurde somit möglich.

Diese breite Mehrheit ist eine gute Grundlage für unsere weitere Arbeit zum Wohle der Stadt für eine weitere Konsolidierung der Stadtfinanzen und das Erreichen eines ausgeglichenen Haushaltes im Jahr 2016.

Hier hat die CDU-Fraktion mit ihrem Vorsitzenden, Herrn Bernd Schmitz, meines Erachtens sehr großen Mut bewiesen; also nicht nur Oppositionspartei zu sein sondern Stärke zu zeigen, in dem sie jetzt mit der SPD-Fraktion den Haushalt gemeinsam trägt.

Herr Schmitz, ich glaube zu wissen, dass es einen gewissen Druck innerhalb Ihrer Partei gibt unter dem Motto: Wir sind Opposition und demzufolge müssen wir als Oppositionspartei den Haushalt ablehnen.

Weiterhin glaube ich auch, dass ein gewisser Druck der anderen Oppositionsparteien gegen Sie als CDU-Fraktion, aber auch persönlich, aufgebaut worden ist.

Allein deshalb gilt Ihnen für diese Haltung nicht nur von mir persönlich, sondern auch von der SPD-Fraktion Dank und große Anerkennung.

Ihnen, Herr Bürgermeister, meine Herren Beigeordnete und Mitarbeiter der Verwaltung danke ich im Namen der SPD-Fraktion für die gute Zusammenarbeit und die geleistete Arbeit!

Ich bedanke mich bei Ihnen, mein sehr geehrten Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit und schließe – wie es hier bei uns im Rheinland üblich ist – mit einem herzlichen Glückauf!

Haushaltsreden 2012

CDU-Fraktion, Herr Fraktionsvorsitzender Schmitz

Haushaltsrede 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

die Städteregion und kreisfreie Städte ziehen den Karren Landschaftsverband Rheinland mit ihren Umlagegeldern und müssen dabei die Erfahrung machen, dass die zu ziehende Last von Jahr zu Jahr schwerer, größer und unerträglicher wird.

Wenn der überladene Karren im Morast feststeckt, dann ist es die Pflicht aller, die auf dem Karren sitzen, abzustiegen und beim Schieben zu helfen.

Nur wer sitzt auf diesen Karren?

Eine Ampel aus SPD, Bündnis 90 die Grünen und der FDP!

Diese Ampel ist keine gestaltende Mehrheit sondern eine belastende Mehrheit- dass spiegelt sich in steigender Umlage wieder.

Sparen Fehlanzeige!

Eine ähnliche Situation finden wir in der alten zurück getretenen Landesregierung.

Eine Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung ist unter der Führung von Hannelore Kraft als Ministerpräsidentin und der mittlerweile abgewirtschafteten SPD- Minderheitsregierung bis jetzt noch nicht geschehen.

Stattdessen wurde versucht einen weiteren Schuldenhaushalt zu beschließen.

Wir wissen heute, dass das kräftig in „die Hose“ gegangen ist.

Mehr Ausgaben und dennoch politischer Stillstand.

Im Jahre 2020 wird uns der Bund, das Land NRW dazu zwingen, eine Schuldenbremse einzuführen. Sollte der Wähler am 13. Mai der SPD die Stimmenmehrheit geben, werden bis dahin munter neue Schulden aufgenommen. Die CDU hofft dies zu verhindern.

Ein Stillstand sieht man auch an dem U 3 Ausbau in NRW.

38 Millionen Euro konnte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble behalten, welche in 2011 nicht abgerufen wurden.

Um den Rechtsanspruch zu erfüllen, müssen NRW weit, bis August 2013, noch 44.000 Plätze geschaffen werden.

Eschweiler wird die gesetzlich vorgegebene Quote nicht erreichen, was auch nicht verwundert, da die SPD Eschweiler genau so wie Ihre Genossen in Düsseldorf dieses Thema in 2011 verschlafen hat.

Hier sollten sie ansetzen Herr Bürgermeister, die CDU Fraktion wird sie dabei unterstützen. Wir können dafür gerne gemeinsam nach Düsseldorf und Köln fahren und demonstrieren oder endlich handeln und hier in Eschweiler an einer Schuldenbremse gemeinsam arbeiten.

Liebe Oppositionsfreunde von der FDP:

Bei den Haushaltsberatungen 2012 im Landtag sind Ihre Parteifreunde über ihre eigene Taktik gestolpert.

Zuerst wollten sie sich enthalten, dann haben sie dagegen gestimmt und jetzt gibt es Neuwahlen.

Geben wir mal die Hoffnung nicht auf, dass die FDP die 5 % Hürde schafft.

In unserer Heimatstadt macht die gleiche FDP Veränderungsvorschläge zum Haushalt 2012.

Sie beantragt Ansätze zu erhöhen, z.B. Citymanagement, macht aber keine Deckungsvorschläge. Sie stimmt Einzelanträgen zu und lehnt dann im Endeffekt den Haushalt ab.

Ist das seriös?

Wir, die CDU Fraktion haben uns bei der Haushaltsklausurtagung am 21. Januar 2012 die Frage gestellt:

„Wo kann Eschweiler sparen, wo finden wir zusätzliche Einnahmequellen“?

Das Einsparpotential bei den freiwilligen Leistungen ist marginal und 100 € hier und 1000€ da, helfen bei 25 Millionen € Defizit nicht wirklich weiter.

Aus unserer Sicht bleiben nur die sogenannten Pflichtaufgaben: Anregungen in unterschiedlichen Produktgruppen Kürzungen vorzunehmen, werden von der Verwaltung gerne abgetan:

Das ist eine Pflichtaufgabe und Ende der Diskussion.

Dies sehen wir von der CDU nicht so:

Es gibt es, dieses Einsparpotential, **nur wer sucht der findet!**

Die CDU Fraktion möchte gerne die Kosten für das Friedhofswesen optimieren. In der Arbeitsgruppe, die die Arbeit nach viel zu langer Pause erst nach Ostern wieder aufnimmt, muss über alternative Bestattungsmöglichkeiten beraten werden.

Wichtig sind Überlegungen, wie können freie Flächen, z.B. einen Teil des Friedhofs Nothberg auch anders genutzt werden.

Hier können wir uns für Nothberg eine weitere Baulanderschließung vorstellen.

Weitere Einsparmöglichkeiten sieht die CDU Fraktion in der Straßenbeleuchtung. Von den jährlichen Gesamtkosten entfallen ca. 60 % auf Energie und 40 % auf Betriebskosten.

Der Einsatz von wartungsarmer LED Technik in der Straßenbeleuchtung finanziert sich von selbst und spart richtig Geld in der Zukunft.

Außerdem sollte die Verwaltung prüfen, ob und welche Ampelanlagen in einem Teil der Nachtstunden gefahrlos abgeschaltet werden können, bzw. welche Maßnahmen noch nötig sind die Energiekosten zu senken.

In den letzten Monaten hat die CDU mit unterschiedlichen Anträgen ein optimiertes Forderungsmanagement gefordert. Das wird nun endlich durch die Verwaltung umgesetzt.

Herr Bürgermeister, Sie sind mit Ihrer Verwaltung auf dem richtigen Weg. Mindestens 1 Mio. Euro an Außenstände liegen für 2012 auf der Straße. Holen Sie diese rein ins Rathaus!

Wir sind optimistisch, dass die Abteilung Zahlungsabwicklung dies erreichen wird.

Gleichzeitig haben wir gefordert die Porto bzw. Telefonkosten um mindestens 5 % zu reduzieren. Hier hat die Verwaltung in den Haushaltsberatungen bereits ein größeres Einsparpotenzial zugesagt.

Mit einem neuen Rat Information System kann Geld gespart werden. Bei 450 bis 500 Verwaltungsvorlagen im Jahr für jedes der 50 Ratsmitglieder, bringt dies, wenn dann auch erst im Jahre 2013, eine deutliche Reduzierung der Papierflut und somit eine eindeutige Kostenreduzierung.

Papier, Porto und Logistik sind Kostentreiber!

Durch unseren Vorschlag Baumaßnahmen zu streichen bzw. zu verschieben haben wir Freiraum geschaffen:

z.B. für unsere Forderung nach einer Untersuchung „Unterversorgung DSL in Fronhoven – Neu Lohn“. Zugestimmt haben wir dann einer Untersuchung des gesamten Stadtgebietes.

Steinzeit im Internet ist heute nicht zu verantworten.

Aus Sicht der CDU Fraktion ist eine schnelle Datenverbindung nicht nur eine Aufgabe der Daseinsvorsorge, nein, wir sehen da auch einen Standortvorteil der Kommune. Wir wollen und müssen hier vorne mit dabei sein und für unsere Betriebe hervorragende Verbindungen bieten.

Wichtig ist uns ebenfalls die Instandsetzung des Hubert-Rößler-Weges in Weisweiler sowie der Eichenstraße in Dürwiß. Und wir bedauern die Streichung der Maßnahme Karl-Arnold Straße.

Die gute ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder des Kunstvereines hätten wir gerne mit einem Zuschuss von 3.000 € zur Unterhaltung des Kunst Archivs gewürdigt.

Hier hat der Vorsitzende des Kunstvereins jedoch wissen lassen, dass er keine Kräfte für die Arbeit daran frei hat und deshalb auch keinen Zuschuss möchte.

Alle diese Vorschläge sehen wir als „Startschuss“ um endlich mit dem Sparen in unserer Heimatstadt zu beginnen. Für uns steht fest:

„Sparen geht nicht immer schmerzfrei“.

Deshalb wiederholen wir unsere Forderung aus dem letzten Jahr, ein Parteiübergreifendes kleines Gremium einzurichten, in dem die wichtigsten und größten Probleme unserer Stadt gemeinsam beraten und den Fraktionen und Gruppierungen des Rates zur Abstimmung vorgestellt werden.

Aus all diesen Gründen hat sich die CDU Fraktion nach intensiven Diskussionen entschlossen, in diesem Jahr dem Haushalt zuzustimmen.

Dies gilt, auch wenn wir nicht mit allem einverstanden sind, was in diesem Haushalt steht.

Wir sehen so manche Entwicklung für die Zukunft mit Sorge.

Wir wollen der „roten“ Haushaltspolitik mit ständigen „roten Zahlen“ durch unsere diesjährige Zustimmung unsere „schwarze“ CDU Handschrift näher bringen, damit wir in nicht allzu ferner Zukunft wieder „schwarze Zahlen“ in Eschweiler schreiben werden.

Denn wir erkennen auch, dass wenn nicht weitere Haushalts-Konsolidierungen stattfinden, der Ausgleich 2016 gefährdet ist, deshalb lehnen wir die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes ab.

Zu diesem wird es erst eine Zustimmung der CDU Fraktion geben, wenn die Mehrheitsfraktion weitere Einsparvorschläge vorlegt.

Politischer Streit gehört zur politischen Kultur.

In besonders schwierigen Situationen aber müssen wir zu parteiübergreifenden Entscheidungen zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger kommen.

Ich bedanke mich herzlich bei meiner Fraktion für die konstruktive Arbeit zum Haushalt 2012, bei den Mitarbeitern der Kämmerei für die Aufstellung dieses Entwurfes und bei Ihnen für ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Haushaltsreden 2012

FDP-Fraktion, Herr Fraktionsvorsitzender Göbbels

Haushaltsrede des Vorsitzenden der

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Eschweiler

Ulrich Göbbels

zu den Haushaltsberatungen

2012

Mittwoch, den 28.03.2012

Es gilt das gesprochene Wort.

Freigabe: 28.03.2012, 16:00 Uhr

Herr Bürgermeister,

Sehr geehrte Damen und Herren,

steht die Stadt Eschweiler wirklich so gut da, wie es im HuFA vom Bürgermeister zu hören war? Wir haben über 20 Millionen € gegenüber den Ansätzen der vergangenen Jahre gespart – dies wurde als große Leistung verkauft.

Die FDP sieht Eschweiler derzeit nicht auf dem Weg der Sanierung der Stadtfinanzen.

Um es vorweg zu sagen: Wir stimmen dem Haushalt 2012 und der Fortschreibung des HSK's nicht zu.

Lassen Sie mich an einigen Punkten unsere Bedenken und Ansätze klar machen:

Die Nettoneuverschuldungsgrenze für teil- und nichtrentierliche Investitionen wurde von der Kommunalaufsicht für 2012 auf 4,8 Millionen € festgelegt.

Aber was macht das schon? Wenn die Grenze überschritten wird, verlagert man einfach Investitionen in einen anderen Haushalt. Die

Strukturfördergesellschaft, eine 100%ige Tochter der Stadt sollte den Kindergarten Franz-Rüth-Straße mit 3 Millionen € bauen und finanzieren.

Anstatt für den Kindergarten, der notwendig ist, eine preiswertere Alternativplanung vorzulegen und andere Investitionen zu verschieben, um die Grenze im Haushalt einzuhalten, trickste man und wollte die Schulden verlagern. Hierzu haben wir nein gesagt und auf die Einhaltung der Grenzen verwiesen. Diesen Verschiebeparkplatz hat nach den neuen Aussagen der Verwaltung auch die Kommunalaufsicht nicht mitgemacht.

Also was tun? Von den 4 Millionen € Schulzentrum Jahnstraße werden 830 000 € verschoben und als Verpflichtungsermächtigung gebucht. Von den 3 Millionen €, die der Kindergarten Franz-Rüth-Straße kosten soll, wurden

ursprünglich 1,5 Millionen € in den Haushalt 2012 gesetzt. Jetzt sind 1,3 Millionen € eingestellt, die übrigen 200 000 € aber als VE gesetzt. Und dann passt es wieder. Die Neuverschuldungsgrenze wird so formell eingehalten. Man nennt so etwas „kreative Haushaltsführung“ – mit uns nicht.

Wir fragen uns nur, wie diese verschobenen Kosten in 2013 gebucht werden!

Aber gespart werden soll an den Jugendhilfeausgaben. Wenn es dann jedoch konkret wird, sind alle Ansätze Makulatur. Dann müssen am Ende des Jahres die aufgelaufenen wirklichen Kosten als überplanmäßige Ausgaben beschlossen werden. Weiterhin werden die Einsparungen im HSK immer weiter nach hinten geschoben. Meine Damen und Herren, in diesem Bereich kann man unter den momentanen gesellschaftlichen Entwicklungen nicht sparen. Lassen sie uns hier realistische Ansätze planen und den Sparwillen auf andere Positionen verlagern.

Die Schulden sinken, wir schulden um und die Nettoneuverschuldung geht zurück, sagen Bürgermeister und Kämmerer. Und was ist mit den Kassenkrediten? Ende des Jahres reißen wir wahrscheinlich die 90 Millionen €-Marke und die Verschuldung unserer Stadt mit den verbundenen Unternehmen wird am Ende des HSK's 2016 auf 200 Millionen € vielleicht sogar 250 Millionen € angewachsen sein. Dies haben wir im letzten Jahr schon gesagt –die Zahlen werden immer konkreter- aber richtig gespart wird weiterhin nicht.

Die FDP steht zu dem Grundsatz seit vielen Jahren, „es muss gespart werden, um die Stadt handlungsfähig und zukunftsfähig zu machen.“

Wer heute dem Haushalt und dem HSK zustimmt, sollte morgen nicht lamentieren, dass kein Geld für sinnvolle und notwendige Ausgaben vorhanden ist.

Wir erkennen an, dass wir noch größere Zuwendungen von Bund und Land erhalten müssen, aber die Hausaufgaben müssen wir vor Ort lösen. Denn auch beim Land und der StädteRegion vermissen wir den Sparwillen. Auch dort gibt man zuviel Geld aus und geht den Weg in den Schuldenstaat.

Nun aber zurück nach Eschweiler: Im Stamm-HSK sollten alle Ausgaben im Bereich der Sach- und Dienstleistungen im Zeitraum von 3 Jahren jährlich um 5% gekürzt werden. Diesen Ansatz haben wir unterstützt. Aber was ist daraus geworden?

Schauen wir im HSK auf das Jahr 2013. Im Stamm-HSK sollten die Kosten auf 25 Millionen € sinken, in der 1. Fortschreibung waren es dann schon 27,5 Millionen € und heute stehen an der Stelle 29 Millionen €. Haben wir hier Vorzeichen übersehen? Je konkreter es wird, umso geringer sind die Einsparungen.

Meine Damen und Herren, die FDP schlägt auch in diesem Jahr – wie in den letzten Jahren – vor:

15% Rückführung aller Kosten, bei denen es möglich ist in den nächsten 4 Jahren. Das sind 3,5 – 4% jedes Jahr. Wir erreichen dadurch eine Absenkung des Haushaltsvolumens um 10%, d.h. etwa 13 Millionen € weniger. Dies wäre genau die Summe des strukturellen Defizits von 12 – 15 Millionen €, welches die Stadt schon längere Zeit hat. Dann schreibt man auf Dauer eine schwarze Null und kann vielleicht beginnen, die enormen Schulden abzubauen.

Das heißt aber, 15% Einsparungen bei den Sach- und Dienstleistungen, bei den freiwilligen Leistungen, bei den Personalkosten – aber gerade nicht im Bereich Jugendhilfe.

Wie im letzten Jahr sage ich, 3 – 4% pro Jahr einsparen z.B. bei der Stadtbücherei, bei den Bädern, bei Zuschüssen an sport- und kulturtreibende

Vereine, bei den Personalkosten etc. ist kein Kahlschlag, sondern eine notwendige Anpassung.

Nochmals:

Wir wollen die Stadt nicht „Kaputtsparen“, sondern zukunftsfähig machen.

Wenn jetzt nicht stärker gespart wird, sitzt in einigen Jahren hier ein Sparkommissar, der alles vorgibt. Dies kann nicht unser Bestreben sein, denn dann könnte man auch den Rat abschaffen. Auch wir würden gerne verteilen, aber das ist derzeit leider auf Jahre nicht absehbar.

Nun noch einige Worte zu drei Punkten:

Wir wollen den Sachverstand der Mitarbeiter der Stadtverwaltung besser ausnutzen. Hier gibt es viele Mitarbeiter, die kreative Ideen haben, wie man optimaler arbeitet und wo man Kosten sparen kann. Diese Vorschläge sollen sich lohnen. Deshalb machen wir uns – wie in den letzten Jahren – wieder stark für ein Verbesserungsvorschlagswesen – denn in 2011 ist nichts geschehen. Spar- und Verbesserungsvorschläge müssen honoriert werden. Für diese Prämien braucht man normalerweise kein Geld – sie rechnen sich von alleine, denn sie werden aus den Einsparungen finanziert. Nur in der Anlaufphase zur Bekanntmachung und Schulung ist es notwendig. Dies sind moderne Leistungsanreize. Hierfür steht die FDP – für Eigenverantwortung und Selbstbestimmung. Nutzen wir das Potenzial!

Und zweitens braucht die Stadt ein funktionierendes City Management. Nur so können wir eine attraktivere Einkaufsstadt bleiben und im Wettbewerb mit anderen Städten bestehen. Dann fließen Einnahmen und Steuern, die den Zuschuss bei weitem übersteigen.

Die Weiterentwicklung der Innenstadt werden wir aktiv begleiten. Die nördliche Innenstadt muss der nächste Schritt sein, um unsere Stadt

lebenswert und konkurrenzfähig zu erhalten. Aber haben sie einmal die ersten Geldansätze gelesen? Auch bei hohen Zuschüssen des Landes und des Bundes – die das Geld allerdings auch nicht haben – kommen auf Eschweiler hohe Kosten zu. Dieses Geld müssen wir an anderer Stelle sparen – dazu verpflichtet uns das HSK.

Meine Damen und Herren, so wie wir derzeit in der Stadt agieren, werden wir das Ziel des HSK, bis 2016 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, nicht erreichen. Der Sparwille und die Sparbemühungen sind nicht ausreichend.

Sparen ist kein Selbstzweck, aber Griechenland, Portugal, Spanien zeigen, wo die Missachtung der Einnahme- und Ausgabensituation hinführt. Das wollen wir den kommenden Generationen in unserer Stadt und in unserem Land nicht antun - da machen wir nicht mit. Das süße Gift der Verschuldung über so günstige Kassenkredite bleibt ein Gift - egal wie man es begründet oder benennt. Und Gift tötet so oder so, früher oder später! Ersparen Sie es unserer Stadt!

Sanieren wir unsere Stadtfinanzen – eröffnen wir zukünftigen Generationen einen Gestaltungsspielraum.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Haushaltsreden 2012

Fraktion B 90/Die Grünen, Herr Fraktionsvorsitzender Pieta

Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Eschweiler

Franz-Dieter Pieta (Fraktionssprecher)

--- Es gilt das gesprochene Wort ---

Haushaltsrede 2012 vom 28. März 2012

Es liegt uns ein Haushaltssicherungskonzept vor, dass uns einen Haushaltsausgleich für 2016 verspricht. Dem gegenüber stehen flammende Reden unseres Bürgermeisters über die katastrophale Situation der Kommunalfinanzen.

Das ist doch ein seltsamer Widerspruch: Auf der einen Seite beklagt der Bürgermeister immer wieder lautstark, dass Eschweiler und viele andere Städte unmittelbar vor dem finanziellen Kollaps stünden und dass sie nur mit Hilfe von oben vor dem totalen Ruin gerettet werden könnten. Auf der anderen Seite legt uns der Kämmerer ein HSK vor, laut dem die Stadtfinanzen ohne allzu schmerzliche Einschnitte innerhalb weniger Jahre in Ordnung gebracht werden können. Da dies ja wohl nicht ganz zusammenpasst, stellt sich die Frage, ob denn nun der Bürgermeister Schwarzmalerei oder aber der Kämmerer Schönfärberei betreibt.

Was können Defizitkommunen machen? Nach Lars Holtkamp, Professor an der Fernuni Hagen, gibt es zum einen die Möglichkeit, dass der Bürgermeister das Zepter in die Hand nimmt und sich mit drastischen Sparmaßnahmen gegen Verwaltung und Politik durchsetzt. Diese Lösung hat unser Bürgermeister offensichtlich nicht gewählt.

Dann gibt es noch die Methode der eingeschränkten Bürgerbeteiligung, d. h. die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Wenn Bürgerinnen und Bürger hier etwas fordern, dann müssen sie auch ihre eigenen Ressourcen einbringen. z.B. ein von Vereinen betriebenes "Bürgerbad".

Die dritte Möglichkeit ist laut Holtkamp eine Art Widerstandsstrategie. Der Haushalt wird einfach so lange schöngerechnet, bis alles halbwegs passt. Man bastelt sich ein Zahlenwerk zusammen, das den formalen Mindestanforderungen entspricht und das es gleichzeitig ermöglicht, den Laden, sprich die kommunale Infrastruktur, bis zum nächsten Haushaltsjahr irgendwie am Laufen zu halten. Und dann geht das Spiel von vorne los.

Es sieht so aus, dass dies die Strategie unseres Kämmerers und der SPD ist. Da er aus eigener Erfahrung weiß, dass die Prüf- und Kontrollmöglichkeiten der Kommunalaufsicht auch in personeller Hinsicht beschränkt sind, ist dieses Vorgehen aus seiner Sicht durchaus eine vielversprechende Option. Und wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, funktioniert diese Methode ja auch. Am Ende eines Haushaltsjahres gibt es – zumeist – eine Genehmigung des Haushaltes. Und selbst wenn es sie nicht gibt, ist das offenbar nicht weiter schlimm. Die Geschäfte laufen ja trotzdem weiter. Es widerspricht nur dem Sinn der Gemeindeordnung.

Wir unterstellen, dass der Kämmerer den Haushaltsentwurf formal ordnungsgemäß erstellt

hat, d. h. er hat die zu erwartenden Einnahmen nach den Vorgaben ermittelt. Dass Prognosen immer unsicher sind, ist uns auch klar. Es geht also hier mehr um die Ausgaben. Die Ansätze der Verwaltung sind hier nicht überprüfbar. Der Rückgriff auf das Vorjahr funktioniert mangels Zahlen nicht.

Nach der Gemeindeordnung muss eine Ratsmehrheit dem Haushalt zustimmen, da er sonst nicht in Kraft treten kann. Der Haushalt ist die eine Seite, politisches Wollen eine andere. Es kann politisch nicht das einzige Ziel sein, nur zu verhindern, dass es noch schlimmer kommt. Politik heißt, Schwerpunkte und Ziele setzen. Verantwortliches Handeln heißt, Maßnahmen zu ergreifen, die die Stadt zukunftsfest macht. Dabei muss nicht unbedingt mehr Geld ausgegeben werden, man muss das Richtige tun.

Was müsste also passieren, dass wir Grünen einem Haushalt zustimmen können? Erstens müssten die Etats gemäß der Gemeindeordnung grundsätzlich bereits im Vorjahr aufgestellt und verabschiedet werden, so dass sie pünktlich zum Beginn des aktuellen Haushaltsjahres in Kraft treten könnten. Da sehen wir in Eschweiler leider keinerlei Fortschritte. Selbst der Doppelhaushalt vor einigen Jahren hatte keine positive Wirkung; Eschweiler gehört seit langem zu den Städten, die ihre finanziellen Hausaufgaben auf den letzten Drücker machen und ihre Genehmigung – wenn überhaupt – erst dann bekommen, wenn das Jahr schon fast zu Ende ist.

Auch darf ein Haushaltssicherungskonzept nicht auf unrealistischen Erwartungen aufgebaut werden. Im aktuellen HSK werden vor allem die Einsparpotenziale bei den Sach- und Dienstleistungen sowie bei den Transferaufwendungen aus unserer Sicht zu optimistisch eingeschätzt.

Zweitens muss die Bürgerbeteiligung ernst genommen werden, und drittens müssen die nachfolgenden Punkte berücksichtigt werden.

Stichwort Demographischer Wandel: Auch in Eschweiler wird sich das Verhältnis von jungen Leuten und älteren Menschen weiter zu Ungunsten der jüngeren Generation verschieben. Die städtische Infrastruktur muss also so gestaltet werden, dass die älteren Menschen weiterhin am städtischen Leben teilhaben können. Dabei spielt auch eine Rolle, dass das Rentenniveau sinken wird, d. h. den älteren Menschen, vor allem den Frauen, steht immer weniger Geld zur Verfügung. Wir müssen das bei der Planung berücksichtigen, z. B. durch die bessere Anbindung der Stadtteile an die Innenstadt durch ausreichend ausgebaute Busverbindungen. Auch bei der Planung der Innenstadt muss das Verhalten von älteren Menschen berücksichtigt werden. Die gemeinsame Nutzung von Straßen durch Autos und Fußgänger stößt hier an seine Grenzen. Die schwächeren Fußgänger, speziell wenn noch Behinderungen vorliegen und Kinder, sind hier nicht genügend zu schützen.

Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie Wohlstand ohne Wachstum möglich ist. Hier ist auch eine neue Definition von Wohlstand notwendig, die sich nicht nur am Einkommen orientiert.

Für uns Politiker ist hier die Frage: Was macht eine Stadt lebenswert? Was veranlasst Menschen, in eine Stadt zu ziehen? Hierbei spielt der Ausbau von Schulen und Kindergärten eine Rolle.

Die Menschen gehen nicht nur Arbeiten, sie wollen auch ihre Freizeit angenehm verbringen. Dafür muss auch die Aufenthaltsqualität der Innenstadt verbessert werden.

Das geht nicht durch Parkplätze und eine Fokussierung auf den Autoverkehr. Die Innenstadt muss ein Ort der Begegnung werden. Praktisch sollte deshalb der Autoverkehr aus der Innenstadt herausgehalten werden. Selbstverständlich muss die Stadt erreichbar bleiben. Meines Erachtens könnte das dadurch erreicht werden, dass das Parken am Straßenrand mit den üblichen Parktickets reduziert wird. Statt dessen wäre ein Parken z. B. in Parkhäuser sinnvoll, da dort erst nach dem Parken bezahlt werden muss. Dabei könnte dann auch die Parkmark genutzt werden. Die Bürger müssten dann nicht immer auf die Zeit achten, sondern könnten sich treiben lassen. Das hätte auch für den hochwertigen Einzelhandel in Eschweiler sicherlich positive Effekte. Der gleichen Meinung ist übrigens für Aachen die Aachener SPD.

Die von einigen Kollegen immer wieder angebrachte "Brötchentaste" ist da auch nicht sinnvoll, sie führt zu schnell rein in die Stadt und schnell wieder raus. Man muss es nicht gut finden, aber es ist so: Gegen die Einkaufszentren auf der grünen Wiese hat für den Wocheneinkauf die Innenstadt keine Chance. Welche Folgen der Kauf im Internet für die Innenstädte haben wird, kann nur vermutet werden. Für einige Branchen dürfte es jedenfalls schwierig werden.

Dem Wochenmarkt auf dem Marktplatz würde es auch gut bekommen, wenn zumindest während der Öffnungszeiten der Marktplatz für den Autoverkehr gesperrt würde, es sollte zumindest endlich einmal versucht werden. Umfragen unter Marktbesuchern weisen darauf hin, dass sich das viele Marktbesucher wünschen.

Apropos Markt: Warum hier baulich etwas geändert werden soll, ist uns nicht klar. Hier will die Verwaltung unnötig Geld zum Fenster hinauswerfen und den zentralen Punkt für Kinder, den wunderschönen Sonnenwagen, vom Markt entfernen. Das werden wir zu verhindern suchen.

Auch der Verweis auf die hohen Landeszuschüsse zieht nicht wirklich, denn auch diese stammen letztlich aus den Steuergeldern der Bürger.

Dabei sind wir auch schon beim Weiterbau der L238n, 2. Bauabschnitt. Uns erschließt sich immer noch nicht, warum hier eine Straße mitten über den Hohen Stein gebaut werden muss. Der Verkehr kann offensichtlich, wie sich seit Jahren zeigt auch um dem Hohen Stein herumgeführt werden.

Das Schulzentrum Stadtmitte wird 1,75 Mio € teurer als geplant, hier wurde evtl. etwas bei der Planung gesund gerechnet. Andere Schulen kommen nicht so gut weg, in die Gesamtschule regnet es rein. Hier müsste endlich gründlich saniert werden.

Rosenallee: Gegen unseren erklärten Widerstand wurde beschlossen, die Bäume in der Rosenallee zu fällen. Nicht nur das, die Planung wurde nach der Bürgerversammlung so gar noch verschärft. Es werden nun weniger Bäume neu gepflanzt als gefällt worden sind. Hier wurde ein Wahrzeichen der Stadt Eschweiler mutwillig und ohne objektiven Grund zerstört. Den individuellen Charakter der Rosenallee hätte man, den Wünschen der Bürger folgend, erhalten sollen und sie nicht, nur weil das vor zehn Jahren einmal beschlossen wurde, einer unnötigen Gleichmacherei opfern sollen.

Mitte 2011 wurde die Verwaltung beauftragt "strategische Überlegungen zum Aufbau einer nachhaltigen Stadtentwicklung auf Basis unterschiedlicher Aktionsfelder " auszuarbeiten. Da fragt man sich doch, warum das nicht schon viel früher passiert ist, der Ansatz der „Lokalen Agenda“ ist in Eschweiler schon mehr als 10 Jahre alt. Nach den Erfahrungen,

die wir mit solchen Themen in Eschweiler gemacht haben, erwarten wir auch von dem neuen Ansatz nicht viel. In Eschweiler haben der größte Teil der Verwaltung und die maßgeblichen Politiker kaum Interesse daran, solche Ideen zu entwickeln. Das hat sogar der Autor der Verwaltungsvorlage erkannt. Er fordert Veränderungen auf der politischen Ebene und auf der Verwaltungsebene.

Schade ist auch, dass mal wieder die Beteiligung der Bürger nur am Rande berücksichtigt wird.

Angesichts des absehbaren Endes des RWE-Kraftwerkes in Weisweiler muss hier ein Plan erstellt werden. Es werden viele Arbeitsplätze wegfallen und auch ein großer Gewerbesteuerzahler.

Apropos Bürgerbeteiligung. Warum macht es die Verwaltung und die Politiker den Bürgern so schwer, sich aktiv an die Diskussion um den städtischen Haushalt zu beteiligen? Vielleicht würden ja gute Ideen aus der Bürgerschaft kommen, wenn die wesentlichen Punkte des Haushaltes auch für Normalsterbliche leicht erreichbar wären und verständlich aufbereitet würden.

Bei Planungsvorhaben gibt es formal Bürgerbeteiligungen. Die Beobachtungen zeigen aber, dass die von der Verwaltung zusammengefassten Ergebnisse nur wenig dem Inhalt der Treffen widerspiegeln. Die Frustration der wenigen Bürger, die sich beteiligen wollen, ist deshalb sehr groß. So fördert man nur die Politikverdrossenheit.

Grundsätzlich sollten weniger Punkte im nichtöffentlichen Teil von Sitzungen abgehandelt werden. Selbstverständlich muss der Datenschutz gewahrt werden, wir glauben aber, dass manche Punkte in einen öffentlichen Teil, in dem die politischen Fragen diskutiert werden können und in einen nichtöffentlichen Teil, getrennt werden können. Hier muss die Verwaltung sensibler werden.

Leider wurde der Ansatz des mobilen Bürgerbüros in den Stadtteilen nicht weiter verfolgt, ebenfalls wehrt sich die Verwaltung gegen die Samstagsöffnung des Bürgerbüros. Hier wird eine Chance vertan, die Verwaltung als Service für den Bürger darzustellen.

Leider wurde auch unser Antrag auf 100 % Ökostrom für die städtischen Gebäude abgelehnt. Hier wurde völlig verkannt, dass die ökologische Wende neben dem Umweltschutz auch eine praktische Wirtschaftsförderung für den Mittelstand ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Reduzieren des Energieverbrauches weiter auf der Agenda bleibt. Dazu zählt auch, dass Strukturen geschaffen werden, z. B. im Autoverkehr, die auch dort eine Senkung des Verbrauches von Öl zu Folge hat. Ein Ansatz wäre eine Verkehrs- und Parkplatzplanung, die den Parkplatzsuchverkehr reduziert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Haushalt unrealistisch ist, zu spät aufgestellt wurde und offensichtlich nicht das Ziel verfolgt, wirklich als Grundlage städtischen Handelns unterjährig zu dienen. Die dringend notwendige Wende zum Schutz der Umwelt wird, wenn überhaupt, nur halbherzig angegangen. Die direkte Bürgerbeteiligung wird erst gar nicht begonnen. Verantwortung für einen zukunftsfähigen Wandel in Eschweiler zeigt dieser Haushalt nicht.

Haushaltsreden 2012

UWG-Fraktion, Herr Fraktionsvorsitzender Spies

Haushaltsrede
UWG-Stadtratsfraktion
28.03.2012

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor uns liegt in zwei Bänden der Haushaltsentwurf für das Jahr 2012, das bereits zu einem Viertel der Vergangenheit angehört.

So viel Papier wie nie zuvor! – So viel Jahresdefizit wie nie zuvor! - So viele Schulden wie nie zuvor!

Und das bei inzwischen mindestens 8 Jahre andauerndem permanentem Schuldenabbau, Herr Bürgermeister, wie Sie nicht müde werden, den Eschweiler Bürgern bei vielen Gelegenheiten weis zu machen.

Die Zahlen des Haushaltes lügen nicht!

In der langen Geschichte unserer Stadt Eschweiler sehen sich die Bürgerinnen und Bürger von der inzwischen alleine regierenden SPD an den Rand des finanziellen Abgrunds geführt.

Als die Eschweiler Zeitung am 2. Dezember 2011 im Lokalteil titelte:

„ 52 Millionen Euro Miese in zwei Jahren“ hat wohl mancher Leser zunächst gemeint, die Stadt Eschweiler habe den Aachener Tivoli gekauft! – Weit gefehlt!

Diese Meldung sollte auch den letzten Optimisten aufwecken, der noch an die Führungskraft der SPD in Finanzfragen geglaubt hat!

In zwei Jahren verliert die Stadt Eschweiler die Hälfte ihres Vermögens!

Die Höhe der in diesem Jahr 2012 dringend zur Finanzierung der laufenden Geschäfte benötigten Kassenkredite übersteigt mit 80-90 Mio. € das Bilanz-Vermögen um mehr als 30 Mio. € !!

Und das ohne Berücksichtigung der Investitionskredite, ohne Schulden der ausgelagerten Gesellschaften, ohne – ich zitiere Sie, Herr Bürgermeister – ca. 60 Mio. € Sanierungsstau und ohne bilanzielle Bewertungskorrekturen für die RWE-

Aktien und das Darlehen für den VabW in einer Gesamthöhe von mehr als 150 Mio. € !! – Und darin enthalten sind auch nicht die angesichts der Kommunalwahlen im Jahre 2014 in diesen Tagen dem Bürger vorgestellten visionären Sanierungsmaßnahmen unter dem Titel „Nördliche Innenstadt“, die wohl alleine mit 30 Mio. € öffentlicher Investitionen nicht zu hoch angesetzt sind.

Und für diese Umbau-Pläne braucht man eine Förderung von 80% ! Allerdings weiß auch keiner der Verantwortlichen, wo die restlichen 20 % Eigenkapital herkommen könnten : Potemkinsche Dörfer am schönen Indestrand !!

Nach dem Motto „Haltet den Dieb“ sind sich in diesen Tagen viele Bürgermeister hoch verschuldeter NRW-Kommunen und –Städte darin einig, die Abschaffung des „Aufbau-Ost“ vehement zu fordern, weil er die Leistungskraft ihrer Städte übersteige.

Gleichzeitig wird klaglos ein Vielfaches an Geld Jahr für Jahr in Form von Bundes-, Landes- und EU-Zuschüssen in diesen Kommunen vereinnahmt. - Ihre Höhe stellt den „Aufbau-Ost“ weit in den Schatten.

Die Finanzierung der Kommunen ist ein sicherlich nicht leicht zu durchschauendes System von unterschiedlichsten Einnahmearten und Zuständigkeiten, die aber in ihrer Gesamtheit durchaus bekannt und von den Kommunen in ihrer Finanzplanung zu berücksichtigen sind! – Alles ist im Grunde so, wie man es vom verantwortungsbewussten Bürger verlangt: „Mit dem Einkommen muss man auskommen“!

Im Gegensatz dazu – und gegen alle Vorschriften der Gemeindeordnung – wird in Eschweiler aber seit der Jahrtausendwende und dem Start der großen SPD/CDU-Koalition Jahr für Jahr ein Defizit von ca. 10 Mio. € produziert, das angesichts des seit 2007 eingeführten Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) nicht mehr so leicht zu verstecken ist.

Diese Möglichkeit einer „Neuen Offenheit“, die in Wirtschaftsunternehmen in Form von zeitnah erstellten Bilanzen unabdingbar ist, wird allerdings in unserer Stadt mit erheblicher Energie unterlaufen, indem konkrete Zahlen und Bilanzen so spät zur Kenntnis gegeben werden, dass sie eher als „Geschichtsschreibung“ dienen können.

„ Seid verschlungen Millionen “ ist als Motto für unsere Stadt zutreffender als der Slogan „Eschweiler – mit Energie in die Zukunft“.

Hier wird seit einem Jahrzehnt ein falsches Bild von der Finanzsituation der Stadt durch die Verwaltungsspitze verbreitet:

Bei der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 7. März diesen Jahres haben Sie, Herr Bürgermeister, allen Ernstes stolz darauf hingewiesen, dass im Vergleich zu den geplanten Fehlbeträgen der Haushaltsjahre 2007 – 2010 eine Ergebnisverbesserung von rund 22 Mio. € festzustellen sei und man sich in der eigenen Prognose bestätigt sehe.

Ein tolles Ergebnis sozialdemokratischer Finanzkompetenz, könnte man meinen.

Aus gutem Grund lassen Sie, Herr Bürgermeister, aber unerwähnt, wodurch diese Etatverbesserungen eingetreten sind:

Durch die erst jeweils zum Jahresende erteilten Haushaltsgenehmigungen konnten geplante Investitionen in jährlicher Millionenhöhe nur teilweise realisiert werden.

Die Kassenkredite stiegen in der infrage kommenden Zeit von 30 Mio. auf 60 Mio. €.

Die nicht eingeplante Gewerbesteuernachzahlung eines Großunternehmens in Höhe von ca. 22 Mio. € hat alleine die von ihm dargestellte Ergebnisverbesserung bewirkt.

Es hat tatsächlich keine Haushaltsverbesserung gegeben, die auf gezielte strukturelle Maßnahmen zurückzuführen ist.

Ein Insolvenzverwalter würde jetzt von „exogenen“ Einflüssen sprechen, also von Einflüssen, die von der „Unternehmensführung“ nicht zu beeinflussen waren.

Aber genau hier wollte die UWG-Fraktion ansetzen, als von ihr der Antrag gestellt wurde, eine Sparkommission unter Beteiligung aller im Rat vertretenen Gruppierungen einzuführen.

Solche Sparkommissionen sind bereits in vielen Stadtparlamenten eingerichtet worden und haben dazu geführt, dass ein neues städtisches Leitbild entwickelt werden konnte.- Es wurde neu definiert, was mit den zur Verfügung stehenden öffentlichen Geldern zukünftig realisiert werden soll und kann.

Wohl gemerkt: Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln.

Außerdem hätte die von uns geforderte Einrichtung „Sparen“ politisch anonymisiert werden können, um Notwendiges ohne Schaden für das parteiliche Image gemeinsam umzusetzen!! - "Sparen" möchte nämlich niemand federführend übernehmen, weil sich damit bei den Bürgern der Gedanke der Leistungskürzungen verbindet.

Sparen bedeutet aber auch, Schwerpunkte zu setzen und Aufgabenkritik zu üben.

Gute Kommunalpolitik ist aus Sicht der UWG zuerst solide Haushaltspolitik, denn wir sehen Politik nicht ideologisch sondern rational !

Links oder rechts sind in der Kommunalpolitik keine zureichenden Kriterien. Es gibt richtige - weil notwendige - Entscheidungen und falsche. - Letztere überfordern die Leistungskraft der Kommune und dienen höchstens kurzfristig dem Bestreben von Parteipolitikern, bei der nächsten Wahl wieder gewählt zu werden!

Die von der UWG-Fraktion seit Jahren geforderte Ehrlichkeit bei der Errechnung der so genannten „Pro-Kopf-Verschuldung“ hat immerhin auf Seite 35 des Band I des Haushaltsentwurfs 2012 dazu geführt, dass aus 1.331,92 €/Kopf „unter Berücksichtigung der Liquiditätskredite“ 2.414,11 €/Kopf geworden sind!

Immer noch falsch, weil die städtischen Beteiligungen keine Berücksichtigung fanden, aber immerhin ein Schritt in Richtung Wahrheit!

Aber : Auch die halbe Wahrheit ist die Unwahrheit !!

Was der Kämmerer allerdings von Bilanzen versteht – oder uns gerne glauben machen möchte – , ist die für alle Fachleute erheiternde Formulierung, welche die Höhe der Kassenkredite für 2011 mit „durchschnittlich rd. 60,0 Mio. €“ ausweist. Es sind genau 69.045.000 € zum 31.12.2011“!! - Was soll dieses Versteckspiel?! - Oder sind neun Millionen € nichts ?!

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

wenn Sie ein konkretes Eingehen der UWG-Fraktion auf die uns vorgelegten Zahlen und Erwartungen für das Jahr 2012 und die Folgejahre erwarten sollten, so muss ich Sie enttäuschen:

In dem absoluten Bemühen, für das Jahr 2016 einen wenigstens ausgeglichenen Jahreshaushalt auf dem Papier zu erreichen, werden Zahlen eingestellt, die schon jetzt – wenige Monate nach Erstellen des Entwurfes – nicht mehr belastbar sind.

Die Bewertung „Kann sein, aber eher wohl nicht“ lässt wenigstens die unverbesserlichen Optimisten unter Ihnen weiter hoffen.

Im Jahr 2016 soll nunmehr der Haushalt ausgeglichen sein. Ein Überschuss in Höhe von 233.200 Euro soll es uns dann ermöglichen, Schulden in Höhe von inzwischen ca. 300 Mio. € zügig abzubauen !

Für die Kopfrechner unter Ihnen: In 10 Jahren könnten wir ohne Berücksichtigung der Zinsen 2,33 Mio. € tilgen, in 100 Jahren 23 Mio. €. - Und in 1300 Jahren wären wir endlich schuldenfrei.

Das ist ein Rechenbeispiel, das ebenso utopisch ist wie das heute zur Abstimmung anstehende Haushaltssicherungskonzept.

An dieses Zahlenwerk mag glauben, wer will! - Die UWG-Fraktion nicht!!

Die UWG-Fraktion hat in den vielen Jahren ihrer Ratszugehörigkeit mit den Prognosen hinsichtlich der Entwicklung der Eschweiler Finanzen Recht behalten.

„Leider“ muss man verantwortungsbewusst feststellen!

Wurden in den ersten Jahren der großen Koalition 2001/2 noch 50 Mio. DM zum Haushaltsausgleich benötigt, so sind daraus 2012 50 Mio. € geworden.

Vorbei die Zeiten, als der Kämmerer noch leichtfertig überschüssige Millionen über den berüchtigten Finanzberater Koch verleihen konnte!

Es ist leider zu befürchten, dass „Eschweiler, immer in Bewegung“ in den nächsten Jahren für diese Stadt noch einmal Bedeutung erlangt, wenn die Finanzlage „in den freien Fall“ übergeht.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch anmerken, dass auch in diesem Jahr wiederum ein offensichtlich von niemandem bemerkter „Fehler“ Eingang in den Haushaltsentwurf gefunden hat:

Zum zweiten Mal jubelt man uns die Bilanz der WBE 2009 unter! – War das Jahr 2010 wirklich so schlecht wie der Winterdienst?

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Erich Spies
(Fraktionsvorsitzender)

Haushaltsreden 2012

DIE LINKE, Herr Ratsmitglied Borchardt

Es gilt das gesprochene Wort!

Die Situation unseres Haushaltes hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verbessert, wobei der letztjährige Haushalt immerhin genehmigt wurde. Hoffen wir das es diesmal auch so sein wird, diesmal vielleicht vor Jahresende, damit die geplanten Investitionen auch angegangen werden können.

„Kleine Akzente im großen Millionen-Spiel

Der Handlungsspielraum der Kommunalpolitiker ist gering, das Defizit groß. In einer Marathonsitzung verabschiedete der Haupt- und Finanzausschuss den Jahresetat der Stadt. Unter dem Strich steht eine rote Zahl: 24 Millionen Euro. So hoch ist nämlich das Defizit, obwohl die Parteien mit ihren Beschlüssen ein Plus in die Kasse spülten. Um 187.900 Euro „verbesserte“ sich die Kassenlage. Aber dies wirkt wie ein Cent im leeren Portemonnaie. ...“
Patrick Nowicki Fr, 9. Mär. 2012 EN/EZ

Bei, noch soviel Kürzen und Ausnutzen von Synergieeffekten ist es nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt herzustellen.

Verantwortlich für die strukturelle Unterfinanzierung sind Bund und Länder, durch Steuergeschenke an Reiche und Konzerne und durch fehlende Konnexität. Ich erinnere an meine Anfrage, für Eschweiler alleine fehlten 11 Millionen Euro, das war und ist die Politik aller: CDU/FDP/SPD/Grüne. Die schlimmsten Einnahmeverluste für die Kommunen gab es unter Schröder/Fischer.

Anstatt jetzt hier gegenseitig Versagen bei der Konsolidierung der Finanzen vorzuwerfen, müssen wir endlich dafür Sorge tragen, dass Bund und Land die verfassungsmäßige finanzielle Ausstattung der Kommunen sichern.

Die Erwartungen der Kommunen waren groß an die Landesregierung. 350 Mio. € jährlich für die überschuldeten Kommunen sollen bereit gestellt werden. In der ersten Stufe sollen über 10 Jahre hinweg insgesamt 5,85 Milliarden € zur Verfügung stehen.

Die Verschuldung aller NRW- Kommunen betrug jedoch schon Ende 2010 rund 57 Mrd. E, davon 20 Mrd.€ Kassenkredite. In 10 Jahren wird dieser Schuldenberg weiter angestiegen sein. An Hilfe angeboten wird nur der Tropfen auf den heißen Stein.

Nun sind die Einzelheiten vorgelegt worden, und die 34 überschuldeten Kommunen - in unserer Region sind das Würselen und Stolberg - sind zur Teilnahme am Konsolidierungsprogramm **gezwungen**. Es wird nicht geholfen sondern verlangt: nämlich ein drastisches Kürzungsprogramm. Im Klartext: es werden Kürzungen in den Empfängerkommunen gefordert, bewehrt mit Sanktionen bis hin zur Einsetzung eines Kommissars.

Nach 5 Jahren, wenn sich die Kommunen kaputtgespart haben, werden die Landesmittel entsprechend zurückgefahren. Der Rettungspakt für die 34 überschuldeten Kommunen in NRW erweist sich als eine vergiftete Hilfe, die die kommunale Selbstverwaltung aufhebt.

Dies führt letztendlich in eine Zukunfts- und Demokratiebremse. Denn genau das ist die Schuldenbremse. Man führt mit vollem Bewusstsein einen handlungsunfähigen Staat herbei, der nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen öffentlichen Güter bereitzustellen. Für die kommunale Kahlschlagpolitik braucht es einen Sündenbock als Ablenkungsmanöver. Dazu passt wiederum, dass eine neue Sau durch's Dorf gejagt wird: der Solidarpakt.

Es ist übel, daraus einen Ost-West Konflikt zu machen. Wir lehnen es ab, Kommunen gegeneinander auszuspielen. Es ist falsch, dass Kassenkredite für spezielle Zwecke, etwa den

Solidarpakt Ost aufgenommen würden. Sie werden allgemein für die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben ausgegeben. Die explodierenden Kassenkredite liegen nicht am Solidarpakt. Im Jahr 2001, also nach 10 Jahren Einheit, lagen die Kassenkredite in NRW noch bei 3 Mrd. Euro. 2010 waren es 20 Milliarden.

Die Ruhrgebietskommunen müssen Druck auf Bund und Land machen, die kommunale Ebene endlich angemessen auszustatten. Die gesamte kommunale Ebene in allen Bundesländern ist strukturell unterfinanziert. Selbst sog. „reiche“ Kommunen haben nur deswegen eine bessere Bilanz, weil sie alles Tafelsilber verkauft haben, privatisiert und öffentliche Dienstleistungen ausgedünnt oder abgeschafft haben. Dafür werden sie mit späteren Mindereinnahmen leben müssen. Das gilt für Düsseldorf genauso wie für die Ostkommunen. Und das kann nicht im Interesse der Bürger sein. Fallstudien zeigen: Öffentliche Betriebe sind häufig günstiger, obwohl sie die Beschäftigten besser bezahlen als private Anbieter.

Anstatt Schuldenbremse sollte sich die Landesregierung über eine Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einsetzen.

Wir müssen uns dafür einzusetzen, dass eine gerechtere Steuerpolitik betrieben wird. Auf Gewinne und Kapitaleinkommen beträgt der Steueranteil gerade noch knapp 25%.

Die Schrittweise Anhebung des Verbundsatzes auf den alten Wert von 28,5% von z.Zt. 23% ist von der alten Landesregierung, trotz deutlicher Mehreinnahmen und somit keine zusätzliche Belastung für den Haushalt, verweigert worden. Eine Forderung eingebracht von meiner Fraktion im Landtag, aber auch des Landkreistages, immerhin mit großer Mehrheit durch CDU-Vertreter dominiert.

Systematisch wurde durch die Politik zugelassen, dass sich die großen Konzerne aus der Finanzierung der gesellschaftlichen Aufgaben verabschieden konnten und nur noch die Lohnabhängigen und der Mittelstand belastet werden.

Eine Wende in der Finanz - und Steuerpolitik ist dringend erforderlich. Das bedeutet vor allem die Wiedereinführung des Leistungsfähigkeitsprinzips in der solidarischen Finanzierung von Bund, Ländern und Kommunen.

„Die Ersparnisse der Reichen werden auf Kosten der Armen gemacht“

Jean Baptiste Say (1767-1832), franz. Ökonom

Nach einigen allgemeinen Bemerkungen nun zum vorliegenden Haushalt.

Dass nun kein Kreisverkehr an der Wilhelminenstraße kommt ist angesichts der Kassenlage sicherlich vernünftig, jedoch gar nichts zu tun kann auch nicht der Weisheit letzter Schluss sein. So ist die getroffene Entscheidung, die Kreuzung barrierefrei zu gestalten, der Situation angemessen.

Ein Parkleit- und Parkraumbewirtschaftungskonzept zu erstellen, obwohl die Situation der Parkplätze am City Center und am Bushof noch ungeklärt ist., ist einfach nur voreilig.

Bei dem Ausbau des Kindergarten Franz-Rüth-Straße sehen wir in welcher Klemme eine Kommune steckt. Auf der einen Seite Kosten sparend zu bauen sowie Begrenzung der Neuverschuldung bei sinnigen Investitionen und auf der andere Seite Auflagen für U3 und integrative Kitaplätze. Maßnahmen die nicht zum Nulltarif zu erhalten sind. Denke ich an die Debatte im Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss kann ich mich immer nur noch wundern wie man dagegen stimmen kann, liegen die Kosten doch durchaus im Durchschnitt. Bei den Kleinsten soll also gespart werden und ihnen der Start ins Leben erschwert werden!

Angesichts der dramatischen Entwicklung der städtischen Finanzen ist es legitim, neue Einnahmequellen über die kommunalen Aufwandssteuern hinaus zu erschließen bzw. zu erhöhen, sofern dadurch das soziale Gefüge und die Basis privatwirtschaftlichen Handelns in einer Stadt

nicht beeinträchtigt werden.

Dazu ein kleiner Diskurs in die Entwicklung der Unternehmersteuer:

Die letzte große Reform gab es 2007 mit deutlichen Entlastungen. Wollte man die Steuerlast von 2007 erreichen müsste die Gewerbesteuer auf 700 Punkte erhöht werden.

Die Steuer wird übrigens auf den Gewinn berechnet, nach Abzug aller Kosten, Aufwendungen, Abschreibungen etc.

Es wird also nicht ein Betrieb dadurch gefährdet und es wird auch keiner abwandern. Für Betriebe ist die Infrastruktur einer Kommune viel wichtiger als die Gewerbesteuer. Die Infrastruktur, an der hier an allen Ecken und Enden gespart werden muss, weil die Einnahmen nicht da sind.

Eine Erhöhung des Hebesatzes um nur 50 Punkte würde zu Mehreinnahmen in Höhe von knapp 2,3 Millionen Euro netto führen.

Außerdem muss die Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer ausgebaut werden. Wieso werden Freiberufler nicht mit einbezogen?

Einsparungen wären zusätzlich noch möglich z.B. anstatt teurer Microsoft-Software auf Open-Source-Software zu setzen, was allein 140.000 € bei Bürosoftware einspart. Im Zweifelsfalle könnte für einen Teil der eingesparten Kosten eine Stelle geschaffen werden um eventuell auftretende Probleme bei Schnittstellen zu beheben.

Ein weiterer Personalabbau ist ein Weg, der von uns nicht unterstützt werden kann. Auch wenn die zu erwartenden Lohnerhöhungen nicht gerade den Haushalt schonen werden, ist eine angemessene Entlohnung jedoch notwendig. Und so hoffe ich auch auf den Erfolg in dieser Tarifaufeinandersetzung für die Beschäftigten.

Zähle ich alle Einsparungen und Erhöhungen zusammen bleibt immer noch ein deutliches Defizit. Ist das vielleicht ein Indiz für die Unterfinanzierung der Kommunen?

Und wer die Chance nicht ergreift, einer maßvollen Einnahmeverbesserung in Gestalt der vorgeschlagenen Gewerbesteuererhöhung zuzustimmen, kann auch keine Zustimmung zu dem vorliegenden Haushalt erwarten.

Somit stimme ich gegen die Vorlage.

Wir leben in einem reichen Land, es darf keine verarmten Kommunen geben!

Noch besteht ein kleiner Hoffnungsschimmer, dass über die Parteigrenzen hinweg zum Wohle der Stadt gehandelt wird.

Nun möchte ich mit den Worten zum Ende kommen:

*Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun
Uns aus dem Elend zu erlösen
können wir nur selber tun!*

...

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Albert Borchardt,

Ratsmitglied, DIE LINKE. im Rat der Stadt Eschweiler

Mittwoch, 28. April 2012

Haushaltsreden 2012

Herr Ratsmitglied Stolz

*Sehr geehrte Herr Bürgermeister
Sehr geehrte Damen und Herren
des Rates, der Verwaltung,
der Presse,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger*

Wolfram Stolz
Josef Artz Str 30
52249 Eschweiler

0172 2404831
w.stolz@gmx.de
office@bauingstolz.de

Pressemitteilung 26.03.2012

Thema: Haushaltsrede von Wolfram Stolz

Seit langem lebt die Stadt Eschweiler über ihre Verhältnisse

Zunächst darf ich mich bei Herrn Knollmann und seinem Team für die Managementfassung bedanken. Information ist die wichtigste Grundlage unserer Entscheidungen. Leider ist diese Erkenntnis noch nicht in alle Bereiche der Verwaltung vorgedrungen; so warte ich ja schon seit Jahren auf Terminpläne und Finanzpläne dazu, eigentlich das wichtigste Managementinstrument im Bauwesen.

Bei der wichtigen Aufgabe, Informationen zu beschaffen und aufzubereiten hilft die Verwaltung nicht immer optimal, aber die Managementfassung hebt sich wohltuend vom Durchschnitt ab.

Ein schlechtes Beispiel war hingegen die Situation, wo ich den Bürgermeister an seine Pflicht erinnern musste, dem Rat über die gerade erlassene Verfügung der Kommunalaufsicht zu berichten. Er war verwundert, dass ich überhaupt davon wusste, Sie erinnern sich sicher. Er zettelte zusammen mit dem Städteregionsrat, Herrn Etschenberg einen riesigen Aufstand mit Anhörungen, Disziplinarverfahren und mehr an; und zwar wegen des Informationsflusses, nicht wegen der Pflichtverletzung des Bürgermeisters.

Und was ist dabei herausgekommen? Nach meiner Information gar nichts, im Gegenteil: Alle Beschuldigten haben alles richtig gemacht. Der gescholtene ist befördert worden und alles ist wie vorher. Fast, denn die Verwaltungsmitarbeiter gehen nun sehr viel restriktiver mit Information gegenüber Ihrem Aufsichtsgremium um. Sie haben Angst vor ihrem Dienstherrn. Und ganz offensichtlich haben weder Herr Etschenberg noch Herr Bertram ein Interesse daran, dies zu korrigieren. Und noch etwas ist passiert: Die Obere Kommunalaufsicht konnte hierrüber nur den Kopf schütteln, Die Verwaltungsspitzen in Eschweiler und in der Städteregion haben sich blamiert.

Informationssselektion als Mittel der politischen Willensbildung ist für eine Demokratie gefährlich.

Dass ich den Wahrheitsgehalt der uns vorliegenden Zahlen vor diesem Hintergrund hinterfrage, versteht sich von selbst.

Wenn wir uns nun mal das Zahlenwerk anschauen, dann muss man doch mal kurz innehalten und sich fragen, wieso die Ausgleichsrücklagen völlig aufgebraucht wurden und wie es dazu kommen konnte dass Eschweiler in diesem Jahr um 28 Mio. € ärmer wird. Die einfachste Version haben wir auch schon gehört: Der Staat überfordert die Kommunen. Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit. In der Tat frage ich mich warum wir ein neues Funksystem in Feuerwehrautos bezahlen sollen, welches das Land einführen möchte.

Aber klar ist auch, dass Eschweiler seit Jahren über seine Verhältnisse lebt. Ich will gar nicht eine

Negativliste herunterbeten. Vielmehr will ich darauf eingehen, was die Stadt unabdingbar braucht. Wissen ist das Einzige, was wir noch zu verkaufen haben, wenn Bodenschätze ausgebeutet sind. Hierfür haben wir die notwendige Voraussetzung zu schaffen. Ebenso ist die notwendige Voraussetzung für den Wirtschaftsstandort Eschweiler eine gute Infrastruktur.

Und womit haben wir uns tatsächlich beschäftigt? Mit Spaßbädern, Festhallen, Sportplätzen und Festivitäten.

Berechnungsmodelle für prognostizierte Einnahmen und Ausgaben, die eine Genauigkeit vorgaukeln, die es in der Realität gar nicht gibt, haben den einen oder anderen die tatsächlichen Gefahren und Risiken vergessen lassen. Diese entstehen dann, wenn man diese Modelle ausreizt. Ich erinnere mich noch an Haushaltsreden von Franz-Josef Dittrich, der Sie vor der Missachtung dieser Risiken schon gewarnt hat.

Wer aber im Bestand baut, muss mit unerwarteten Kostensteigerungen rechnen. Auch die Ignorierung ständig steigender Transferleistungen macht die Ansätze nicht seriöser. Die Einnahmesteigerung in den künftigen Jahren kann ich nicht glauben, ebenso wenig wie die Reduktion der Kostenseite in den verschiedenen Positionen. Diese sind zum Teil von Parametern abhängig, die wir gar nicht voraussehen können.

Beleuchten wir aber doch mal die prinzipiellen Handlungsweisen. Der SPD ist es ganz offensichtlich egal, ob wir über die notwendigen Finanzmittel überhaupt verfügen. Hauptsache die Kommunalaufsicht kann ausgetrickst werden. Klar

möchte jeder Verein seine Zuschüsse, Sportvereine Sportheime und Kunststoffrasenplätze. Und selbstverständlich kann man mit so etwas Wählerstimmen binden. Aber das ist doch viel zu kurzfristig gedacht. Vor dem Hintergrund der desolaten Haushaltslage sind manchmal gerechte Entscheidungen nicht mehr möglich.

Kostenoptimiert zu bauen ist eine Hauptaufgabe, nicht runde Wände, keine Granitfassade, sondern flächenoptimiert und nutzergerecht mit dafür geeigneten Baustoffen.

Seit langem fordere ich die Betrachtung der Lebenszykluskosten von [?]bauwerken. Aber leider ist es vielen Verantwortlichen egal, wie teuer ein Gebäude im Unterhalt ist, und so werden weiterhin alleine die Investitionen betrachtet.

Luftschlösser müssen wir uns verkneifen.

Das gilt auch für die Umgestaltung des Marktplatzes. Dies ist zwar schön, rechtfertigt aber auf keinen Fall die damit verbundenen Ausgaben.

Ganz anders verhält es sich mit der Teilung der Stadt in eine Nord- und Südstadt. Hier ist bereits von allen Parteien, unterstützt durch viele Fachleute, die Notwendigkeit des Rückbaus der Indestraße festgestellt worden. Aber hier ist zunächst die Verwaltung gefordert, die Machbarkeit nachzuweisen, indem die in der Vergangenheit festgestellten Hinderungsgründe abgebaut werden, bevor hier voller Enthusiasmus Erwartungen geweckt werden, die unerfüllbar sind.

Ganz zu schweigen davon, dass eine Finanzierung völlig in den Sternen liegt, aber das ist den

Hauptakteuren ja auch völlig egal. Lieber verschuldet sie noch die nächsten Generationen mit.

Das sind jetzt nur ein paar aktuelle Beispiele, die allesamt zeigen, dass die Verantwortlichen mit der ihr übertragenen Aufgabe, mit Steuergeldern umsichtig umzugehen, offensichtlich überfordert sind. Wählerstimmen und der damit verbundene kurzfristige Erfolg sind ihnen wichtiger als verantwortungsbewusstes Handeln.

Aber ich warne davor. Alle Eltern denken immer auch an die Zukunft ihrer Kinder. Schlecht ausgestattete Schulen und Straßen, die kaputt sind, weil nur der Kanal darunter repariert wurde, fehlende Infrastruktur im Bereich der Kommunikation werden die Ergebnisse Ihrer Entscheidungen der letzten Jahre sein, verehrte Kollegen der SPD. Damit locken Sie jedoch keine zukunftsfähigen Unternehmen nach Eschweiler. Und die Eltern müssen zusehen, dass Arbeitsplätze für den Nachwuchs schwinden. Hier gilt es gegen zu steuern, auch über die Wahlperiode hinweg. Das würden die Wähler verstehen, davon bin ich überzeugt!

Die Sanierung der Fassade der Festhalle in Dürwiß zum Beispiel hat so viel Geld verschlungen, dass wir Gefahr laufen, in diesem Jahr kein Feuerwehrauto mehr kaufen zu können: Beide Positionen gehören zu derselben Liste aus der ggf. gestrichen werden muss, sodass dieser Zusammenhang mit Fug und Recht hergestellt werden kann. Ich will das gar nicht weiter ausmalen.

Wegen der aktuellen Verfügung der Kommunalaufsicht steht auch die Realisation des

Kindergarten Franz- RÜth- Str. auf wackeligen Beinen. Nach Auffassung der SPD sollte dies die Strukturfördergesellschaft erledigen. Den Bürgermeister habe ich angeschrieben und meine rechtlichen Bedenken dazu formuliert. Diese wurden nun ja auch bestätigt. Es entspricht überhaupt nicht dem Satzungszweck der Strukturfördergesellschaft, Kindergärten zu bauen.

Politisch gesehen würde es aber auch bedeuten, dass Entscheidungskompetenz vom Rat weggenommen wird und einmal mehr ein Projekt seiner Kontrolle entzogen wird. Damit nimmt die SPD einen weiteren Einschnitt in demokratische Rechte billigend in Kauf *genau so*

Jetzt werden die geplanten Ausgaben einfach gestreckt, das heißt die Kassenwirksamkeit wird in spätere Jahre verschoben. Wir unterschreiten die Grenze der Nettoneuverschuldung laut Vorlage um 7950€. Damit wird vielleicht ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept präsentiert, aber die Zukunftsfähigkeit der Stadt wird nicht gesichert.

Verehrte Ratsmitglieder, Ziel ist kein HSK, sondern Ziel muss ein Haushalt sein, bei dem keine Kommunalaufsicht uns vorschreibt, wie wir in Punkto Ausgaben zu entscheiden haben. Zur Zeit haben wir keine Demokratie, sondern Diktatur der Notwendigkeiten. Halten Sie sich bitte vor Augen, dass schon die Aufdickung der Fundamentplatte des Kindergartens um 1 cm diese Grenze sofort überschreiten wird. Genau davor wurden wir schon wegen des weichen Untergrundes im Auegebiet der Inde gewarnt! Können wir das wirklich ignorieren? Es wird also kein Problem gelöst, sondern nur verschoben.

Deshalb gehören die Ausgaben, über die wir überhaupt noch verfügen können, in die Infrastruktur und den Bildungsbereich, dazu gehört dann auch der Kindergarten. Das sichert die Zukunft und alles andere ist sehr restriktiv zu beurteilen.

Wohlgemerkt, das gilt für die derzeitige Haushaltslage. Ich bin der Meinung, dass eine Stadt auch in anderen Feldern attraktiv sein muss. Aber man muss feststellen, dass die Politik in der Vergangenheit uns die Handlungsfähigkeit diesbezüglich genommen hat.

Und was macht die größte Oppositionspartei, die CDU? Nichts. Sie stimmt der Veränderungsliste zu und erteilt mit der SPD der Verwaltung den Auftrag, diese in den Haushalt einzuarbeiten. Sie hat die Zustimmung zum Haushalt in Aussicht gestellt. Haben wir hier eine große Koalition, bei der ein Partner vergessen hat, seine politischen Ziele einzufordern?

Warum wird nicht nach alternativen Lösungen gefragt? Muss sich eine Stadt mit 55.000 Einwohnern drei Festhallen leisten oder sind diese nicht vielmehr zu privatisieren? Der Bürgermeister hat angekündigt, trotz der Tatsache, dass die WBE in die Gewinnzone fährt, die Rekommunalisierung weiter betreiben zu wollen. Ich befürchte, dass der eine oder andere hier immer noch von möglichen Einnahmen träumt. Verehrte Opposition, rücken Sie das doch mal gerade.

Die Kanzlerin hat zumindest eines uns allen beispielhaft vorgemacht: Eine Obergrenze für Ausgaben wurde festgesetzt und die europäischen Länder zollten Beifall. Dieses Prinzip fordern Sie aber

nicht ein, verehrte Oppositionspolitiker, vielmehr warten Sie alle darauf, dass Dritte uns den Geldhahn zudrehen. Aber wenn wir dann nicht belegen können, alles zur Vermeidung der desolaten Situation getan zu haben, dann tun diese Dritte das auch noch mit Recht. Aber aus Angst, hier einen Buhmann zugesprochen zu bekommen, fordert auch die größte Oppositionspartei keinen Ausgabenverzicht ein, oder liefert auch keine anderen Lösungen. Das ist reiner Opportunismus.

Alle hoffen nun darauf, dass Land und Bund den Kommunen zu Hilfe eilen. Umsichtige Regierungen werden aber sicher zunächst den Städten und Gemeinden helfen, die völlig unverschuldet in das Dilemma geraten sind. Davon kann aber in Eschweiler nicht die Rede sein. Jetzt hat die Landesregierung erst mal einen neuen Wahlkampf provoziert, der 45 Mio € (Quelle Bund der Steuerzahler) kosten wird. Um diesen Betrag wird das geplante Stärkungspaket für Stadtfinanzen, das waren bisher 350 Mio €, zu kürzen sein. Es gilt aber auch für eine Minderheitsregierung, dass sie einen Haushalt aufstellen muss, der mehrheitsfähig ist. Das war der Wählerauftrag!!! Und nicht die Kapitulation vor der Aufgabe.

Die Ratsmitglieder wurden gewählt, nicht nur um alle Wünsche der Bürger zu erfüllen, sondern auch, um mit Weitsicht Chancen für Eschweiler zu erarbeiten.

Ich könnte hier sicher stundenlang aus Vorlagen zitieren, die meine folgende Einschätzung stützen: Wir habe hier mit Verantwortlichen zu tun, die die Zukunft der Stadt verspielen, zugunsten von kurzfristigen Wahlerfolgen, eine Opposition, die uneinig und so schwach ist, dass sie den Widerstand gegen diese verantwortungslose Ausgabenpolitik aufgegeben hat

und eine Verwaltung, die sich irgendwie am Rande der Rechtslage durchlaboriert.

In einem bin ich mit Bürgermeister Bertram allerdings einig: Wir haben beide Sorge um die Demokratie.

Aber er verantwortet, zwar nicht alleine, jedoch im wesentlichen, dass im Rat der Stadt Eschweiler immer weniger Entscheidungen zugunsten der Bürger überhaupt gefällt werden können. Nur noch Notwendigkeiten und Pflichtaufgaben werden in absehbarer Zeit unser Handeln bestimmen. Für mich ist er daher einer der Sargnägeln für unser demokratisches System. Aber auch diejenigen, die sich dem Wettstreit um die beste Idee und damit ihren demokratischen Pflichten entziehen, gehören dazu.

*

Vielleicht noch ein letzter Hinweis an die Presse: Schreiben Sie bitte nicht: "Stolz rechnet mit der CDU ab", das wäre völlig falsch interpretiert. Ich habe über die KPV versucht Argumente zu Gehör zu bringen und habe die Kollegen gebeten sich dort zu informieren. Mir macht vielmehr Sorge, dass eine SPD viel zu selbsterherrlich und unkontrolliert handeln darf.

Pressekontakt:

Wolfram Stolz

02403 4255

Sch werde die Haushalt mit
zustimmen, weil es sich nicht
auf die notwendigen Kernprobleme
die von uns gerade beschriebenen Bedingungen & erfüllt
& nämlich sich an die Budget

102

Frau Heitzer

Als Anlage übersende ich Ihnen eine Auflistung der Kostenstruktur sowie der Fallzahlen bezüglich der Kostenerstattung an Jugendhilfeträger gem. § 89 ff. SGB VIII mit der Bitte diese der Niederschrift über die Ratsitzung am 28.03.2012 beizufügen (Mündliche Anfrage des CDU-Fraktionsvorsitzenden Herrn Schmitz).

Anbei die Entwicklungen der beiden inhaltlich korrelierten Sachkonten im Haushaltsjahr 2011:

Ergebnis Einnahmekonto 063630101-44821100

Haushaltsansatz	600.000 €
Ist- Ergebnis	726.233 €
Laufende Fälle (Abrechnung halbjährlich)	41

Ergebnis Ausgabekonto 063630101-52320100

Haushaltsansatz	460.000 €
Gesamtergebnis	835.546 €
Laufende Fälle	41

Zu ergänzen ist allerdings, dass weitere Einnahmen im Sachkonto 063630101-44821100 zu erwarten sind. So liegt zwischenzeitlich eine Kostenzusage der Stadt Freiburg für vier stationäre Hilfen zur Erziehung in Höhe von ca. 120.000 Euro ab dem 01.08.2011 vor.

Weitere Zuständigkeitsfälle sind zudem strittig und werden noch geprüft. Evtl. sind hier verwaltungsgerichtliche Verfahren notwendig.

Bei der Fallzahlermittlung wurden lediglich die laufenden Fälle zugrunde gelegt.

Bei den beiden Konten Erträge und Aufwendungen wurden jedoch ebenfalls die **einmaligen** Kostenerstellungsfälle mit aufgeführt. Die Zahlen können jedoch aufgrund vieler Unabwägbarkeiten (Zuständigkeitsprüfungen erstrecken sich mitunter über einen längeren Zeitraum) nicht beziffert werden.

Bei den genannten Fällen handelt es sich überwiegend um Pflegeverhältnisse, welche sich gemäß § 89a SGB VIII ergeben.

Dennoch kann man auch bei den einmaligen Zuständigkeitsübernahmen/ Abgaben von einem Gleichgewicht ausgehen, welches sich in den o.g. Ergebnissen widerspiegelt.